

P R O T O K O L L

über die 31. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

am Dienstag, 31. Jänner 1989, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatsitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

ÖFFENTLICHE SITZUNG

A n w e s e n d :

BÜRGERMEISTER:
Heinrich Schwarz

VIZEBÜRGERMEISTER:
Leopold Wippersberger
Karl Holub

STADTRÄTE:
Ingrid Ehrenhuber
Rudolf Pimsl
Erich Sablik
Ing. Othmar Schloßgangl
Rudolf Steinmaßl
Johann Zöchling

GEMEINDERÄTE:
Hermann Bachner
Josef Brandstötter
Roman Eichhübl
Franz Enöckl
Walter Hahn
Mag. Gerhard Klausberger
Herbert Lang
Johann Manetsgruber
Günther Mayrhofer
Rudolf Pickl
Ing. Karl Pragerstorfer
Erna Probst
Franz Rohrauer
Gertrude Schreiberhuber
Ing. Dietmar Spanring

Wilhelm Spöck
Franz Steinparzer
Franz Straßer
Hubert Sturmberger
Leopold Tatzreiter
Otto Tremel
Alfred Wallner
Christine Wieser
Wolfgang Wieser
Mag. Helmut Zagler

VOM AMT:
Magistratsdirektor OSR.
Dr. Franz Knapp
Magistratsdirektor-Stellvertreter
OSR. Mag. Johann Rabl
SR. Dr. Peter Gottlieb-Zimmermann
MR. Dr. Kurt Schmidl
Direktor TOAR Ing. Wolfgang Wein
Direktor OAR Helmut Riedler
OAR. Walter Kerbl

PROTOKOLLFÜHRER:
Präsidialdirektor MR.
Dr. Gerhard Alphasamer
Gerda Gugenberger

Tagesordnung

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer

Behandlung von allfälligen Anfragen

Mitteilungen des Bürgermeisters

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 51 Abs. 3 StS

Verhandlungsgegenstände

Aktuelle Stunde

Beschlüsse des Stadtsenates:

- Ha-6809/88 Systementsorgungskonzept; Aufstellung von Glascontainern; Subvention.
- Ha-7478/88 Erdbebenopfer in Armenien; Spende.
- Schul-1390/88 Ankauf eines Brennofens für den Schulkomplex Tabor; Ergänzung des StS-Beschlusses vom 10. 3. 1988.
- GHJ1-6778/88 Ankauf von zwei elektrischen Schreibmaschinen für Kurse der Volkshochschule.
- Bau3-1240/81 Ausbau Steiner Straße - Klosterstraße; Entschädigung für Grundeinlöse, Bewuchs und div. bauliche Anlagen - Restzahlung; Ergänzung des GR-Beschlusses vom 18. 12. 1984.
- Bau6-7602/85 Städt. Wirtschaftshof - Kanalanschluß und Errichtung eines Fahrzeugwaschplatzes; Ergänzung des GR-Beschlusses vom 9. 6. 1988.
- GHJ1-6963/88 Sportanlage Rennbahn; Ankauf einer Schneefräse.
- GHJ2-6753/88 Hauptschule Promenade 16; Erneuerung der Vorhänge.
- GHJ2-7005/88 Freiwillige Feuerwehr, Steyr, Sierninger Straße 53; Instandsetzungsarbeiten.
- GHJ2-7073/88 Sporthalle Tabor; Heizungsrohrbruch.
- Gem-7180/88 Österr. Städtebund - Kommunalwissenschaftliches Dokumentationszentrum; Untersuchung der finanziellen Situation ausgewählter Städte.
- Ha-7266/88 Oö. Diabetikervereinigung - Zweigstelle Steyr; außerordentliche Subvention.
- Ha-7098/88 Oö. Kinder-Krebs-Hilfe Linz "Helfende Hände"; Gewährung einer außerordentlichen Subvention.
- Ha-7340/88 Amateurfunkerverband; Gewährung einer außerordentlichen Subvention.
- JW-6306/88 Jugendinformationszentrum Steyr, Eisengasse; Gewährung einer außerordentlichen Subvention.
- Ha-7267/88 Oö. Jugendcenter-Unterstützungsverein; Gewährung einer außerordentlichen Subvention.
- Ha-7201/88 Bildungs- und Kulturarbeitskreis Münchenholz; Gewährung einer außerordentlichen Subvention.
- Ha-7251/88 Rk. Pfarramt Münchenholz; Gewährung einer außerordentlichen Subvention.
- GHJ2-7336/88 Sportanlage Rennbahn; Erneuerung des E-Hauptverteilers.

K-7000/87
Bau3-1196/88

Stadttheater Steyr, Ergänzung der Scheinwerfer.
Kleinraminger Landesstraße; Straßenbeleuchtung vom Gast-
haus Griemühle bis Bürstmayrsiedlung - nachträgliche Ver-
gabe von Arbeiten; Ergänzung zum StS-Beschluß vom 19.
5. 1988.

ÖAG-7540/88
GHJ1-7807/88
GHJ2-4622/86

Instandhaltung von Straßenbauten; Kreditüberschreitung.
Ankauf von Schneefräsen für städtische Pflichtschulen.
Instandsetzung der Heizungsanlage - 2. Etappe Stadtgärt-
nerei, Blumauergasse 3.

Bau5-7060/87

Feuerwehrdepot in der Schiffmeistergasse; Außenanlagen.

Verhandlungsgegenstände

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

- 1) Präs-808/86 Änderung der Zusammensetzung der gemeinderätlichen Ausschüsse.
- 2) Ha-6256/88 ATSV Steyr - Errichtung des Garderobengebäudes bei der Kunsteisbahn Steyr; Gewährung einer außerordentlichen Subvention.
- 3) Bau2-6446/86 Verein "Forschungs- und Ausbildungszentrum für Arbeit und Technik" in Steyr; Gewährung einer Subvention.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

- 4) Präs-1008/88 Bezugsregulierung und Erhöhung der Pensionsbeiträge ab 1. 1. 1989.
- 5) Ha-7457/88 Beiträge für die Schulung der Gemeindefunktionäre für das Jahr 1989.
- 6) Präs-31/83 Verkehrsbetriebe der Stadtwerke; Zuerkennung einer Grundleistung - Aufstockung.
- 7) Wa-5450/75 Bauabschnitt 07 des Reinhaltungsverbandes Steyr und Umgebung; Zusicherung des Wasserwirtschaftsfonds.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

- 8) K-23/88 Maßnahmen zur Ortsbildpflege; I) Fassadeninstandsetzungen.
- 9) K-23/88 Maßnahmen zur Ortsbildpflege; II) Dacherneuerungen und Sicherung wertvoller Bausubstanzen.
- 10) Ha-3202/86
Ha-6342/80 Kirchliche Ensembles in Steyr; Restaurierung der Stadtpfarrkirche.
- 11) Ha-3841/79 Kirchliche Ensembles in Steyr; Außenrestaurierung der kirchlichen Bereiche zum Kloster Gleink - Endfinanzierung.
- 12) Ha-4720/88 Presbyterium der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B., Steyr, Bahnhofstraße 20; Gewährung einer Subvention zu Sanierungsmaßnahmen.
- 13) Pol-4532/88 Erlassung eines Badeverbotes im Bereich des "Kruglwehres" und des "Kugelfangwehres".

BERICHTERSTATTER STADTRAT ERICH SABLIK:

- 14) ÖAG-6163/88
Städt. Wi-Hof Ankauf eines Müllwagens; Ersatzbeschaffung.

- 15) Bau3-2721/80 Ausbau der Wolfener Landesstraße; Endabrechnung der Grundeinlösen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

- 16) Bau2-3880/88 Flächenwidmungsplanänderung Nr. 50 - Hartlauer.
17) Bau5-3558/88 Bebauungsplan Nr. 54 - "Auer".
18) Bau6-1074/88 Errichtung Kanalisation Steyrdorf im Rahmen des BA o5 und
 Bau3-4700/85 BA o6 Stadt Steyr; Straßenbauarbeiten Direktions-, Sier-
 ninger- und Fabrikstraße; Straßenbeleuchtungsarbeiten.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

- 19) ÖAG-6372/88 Stadtwerke Steyr - Teilbetriebe Stadtbad und Kunsteisbahn;
 Stadtwerke Verlustersätze 1988 - Akontozahlung.

BERICHTERSTATTER STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

- 20) Bau3-3033/85 Übernahme eines Teilstückes der Punzerstraße (Parzelle 541,
 Bau3-7584/86 KG Hinterberg) in das öffentliche Gut.
21) ÖAG-7024/88 Verkauf des Grundstückes 447, KG. Gleink, an die Fa. Musi-
 ca - Musikinstrumentenfabrik GesmbH.
22) ÖAG-7475/88 Grundverkauf für das Pensionistenwohnhaus in Steyr, In-
 dustriestraße, Grundstück 1224/42, KG. Steyr.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich eröffne die Sitzung des Gemeinderates und darf Sie herzlich begrüßen. Die Sitzung wurde wie immer ordnungsgemäß einberufen und die Beschlußfähigkeit ist gegeben. Entschuldigt für die heutige Sitzung haben sich die Kollegen Hochrath und Vorhauer. Ich bitte die Gemeinderäte Walter Hahn und Ing. Pragerstorfer um Übernahme der Protokollprüfung für die heutige Sitzung.

Zum Punkt Allfällige Anfragen darf ich sagen, daß mir solche nicht vorliegen. Zu den Mitteilungen des Bürgermeisters darf ich einige interessante Dinge bekanntgeben. Zunächst eine Mitteilung über die Arbeitsmarktsituation in unserer Stadt. Aus dem letzten Bericht des Arbeitsamtes Steyr kann man folgendes entnehmen. Die Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage im Bezirk Steyr hat sich während des vergangenen Jahres 1988 im Laufe des Jahres wesentlich verbessert. In den saisonabhängigen Branchen, im Bau- und Nebengewerbe und Fremdenverkehr ist die Situation derzeit deutlich günstiger als im Vorjahr. Für den Bezirk maßgeblich ist allerdings die momentan sehr gute Auslastung in der Fahrzeugindustrie. Während sich genau vor einem Jahr die gekündigten Metallarbeiter beim Arbeitsamt meldeten, begannen vor einigen Monaten wieder Neueinstellungen in größerem Maß. Im Amtsbezirk waren Ende Dezember 2638 Personen, und zwar 1489 Männer und 1149 Frauen, arbeitslos gemeldet. Gegenüber dem Vormonat ist das um 305 oder 13,1 Prozent mehr, wobei ca. zwei Drittel dieser Zunahme bei den Bauberufen festzustellen ist. Im Jahresvergleich ergibt sich erfreulicherweise eine kräftige Abnahme von 450 Personen oder 14,6 Prozent. Der Schwerpunkt des Rückganges liegt erwartungsgemäß bei den Metallberufen, aber auch in den Bauberufen und im Fremdenverkehr sind heute weniger Arbeitslose als vor einem Jahr zu verzeichnen. Bedauerlicherweise liegt der Bezirk Steyr in der absoluten Zahl der Arbeitslosen, abgesehen von der Landeshauptstadt Linz, an der Spitze aller öö. Bezirke. Diese Situation dürfte sich nach Angabe des Arbeitsamtes in nächster Zeit kaum wesentlich ändern.

Weiter gestiegen ist die Zahl der offenen Stellen, und zwar um 435. Das bedeutet gegenüber dem Vormonat ein Plus von 30,2 Prozent und gegenüber dem Vorjahr sogar eine Zunahme um 145,8 Prozent. Der Schwerpunkt der Zunahme der offenen Stellen liegt jeweils bei den Metallberufen.

Soweit die Mitteilung zur Arbeitsmarktlage in unserer Stadt.

Meine Damen und Herren, ich habe noch einige erfreuliche Mitteilungen. Im Stadtteil Steyrdorf wird derzeit eine Stadtteilarbeit erstellt und Erhebungen gemacht in Zusammenarbeit mit der Bevölkerung. Dazu ist es notwendig, daß wir einen Computer einsetzen. Die Gesellschaft für automatische Systeme, Herr Gemeinderat Pragerstorfer herzlichen Dank. Seitens dieser Gesellschaft wird dieser Computer leihweise zur Verfügung gestellt. Wir ersparen uns damit rund 60.000 Schilling. Das ist sehr erfreulich und ich danke dafür sehr herzlich.

Eine weitere erfreuliche Mitteilung, meine Damen und Herren. Sie wissen alle, wir haben schon mehrmals diskutiert, daß wir uns bemühen, die Werbetafeln in unserem Stadtgebiet in erträglichem Maß zu halten und diese Situation nicht ausdehnen zu lassen. Wir sind in Verhandlungen mit dem Werbering, der ein beträchtliches Werbeunternehmen ist und ich darf bekanntgeben, daß es gelungen ist, daß zunächst zumindest 18 Tafeln dieses Werberinges entfernt werden. Die Verhandlungen werden weitergeführt und wir hoffen, daß wir künftig noch einen größeren Erfolg erzielen werden können. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen, es handelt sich um ein Teilergebnis.

Noch eine Mitteilung, meine Damen und Herren, ich habe eine Ablichtung eines Schreibens von Herrn Generaldirektor Dr. Übleis an den Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Grüner erhalten und ich möchte Ihnen dieses Schreiben nicht vorenthalten, weil ich glaube, daß es doch interessant ist und wesentliche Verbesserungen auf dem Sektor der Bahnverbindungen nach Linz und Wien andeutet.

Dieses Schreiben lautet:

"Sehr geehrter Herr Landeshauptmann, lieber Freund! Zu Deinem Schreiben vom 15. Dezember 1988 teile ich Dir mit, daß der ab dem Jahr 1991 vorgesehene integrierte Taktfahrplan (IT 91) für die Region Steyr wesentliche Verbesserungen bringen wird. Das Grundkonzept für den Fahrplan IT 91 liegt bereits vor. Demnach werden in St. Valentin stündlich die Inter-City-Züge der Richtung Wien - Linz (Salzburg - Innsbruck - Bregenz) zur Minute 16/17 und die Züge der Gegenrichtung zur Minute 41/42 ankommen bzw. abfahren. Zwischen Steyr und Linz wird es im Zweistundenintervall besonders rasche "Interregio-Züge" mit einer Fahrzeit von nur knapp über 30 Minuten geben, die auch gleichzeitig als Zubringer zu den in St. Valentin haltenden Intercity-Zügen nach Wien und umgekehrt dienen werden. Dazwischen werden - ebenfalls im Zweistundenintervall - die Züge von Selzthal nach St. Valentin verkehren, wo mit kurzen Anschluß in die InterCity-Züge nach Linz und darüberhinaus umgestiegen werden kann. Es ergibt sich daraus eine stündliche Verbindung zwischen Steyr und Linz, die außerdem zu den Spitzenzeiten zu einem Halbstundentakt verdichtet werden kann. Aufgrund der Systematisierung des Fahrplanes und einer restriktiven Halteortpolitik sind ab dem Fahrplanwechsel 1991 auch auf der bestehenden Strecke zwischen Steyr und Linz weitere Verkürzungen der Reisezeiten möglich. Kostenintensive Infrastrukturausbauten können dabei jedoch in Anbetracht der verfügbaren Budgetmittel nur als Teil überregionaler Überlegungen gesehen werden. Die Attraktivierung des Verkehrsangebotes zwischen Steyr und Linz ergibt sich insbesondere durch den zukünftigen Taktverkehr und die Angebotsdichte der Verbindung bei ganztägig gleichbleibenden kurzen Reisezeiten.

Ich glaube, daß das ein sehr wertvoller Hinweis ist und er zeigt, daß unsere gemeinsamen Bestrebungen in unserer Region zumindest bereits einen Teilerfolg gebracht haben. Ich danke allen, die dazu beigetragen haben.

Soweit meine Mitteilungen. Ich bitte um Kenntnisnahme.

Wir kommen damit zu den Beschlüssen des Stadtsenates laut § 51 Abs. 3 StS. Die Unterlagen zu den jeweiligen Stadtsenatsitzungen sind an alle Gemeinderatsmitglieder ergangen. Eine listenmäßige Aufstellung der gefaßten Beschlüsse liegt dieser Einladung bei.

Wir kommen damit zu den Verhandlungsgegenständen und ich ersuche Kollegen Wippersberger um Übernahme des Vorsitzes.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich übernehme den Vorsitz und bitte Herrn Bürgermeister um seinen Vortrag.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich darf Sie bitten, den Anträgen, die von mir vorzutragen sind, die Zustimmung zu geben.

Beim ersten Antrag handelt es sich um einen Antrag auf Änderung der Zusammensetzung der gemeinderätlichen Ausschüsse. Herr Gemeinderat Herbert Lang hat mitgeteilt, daß er aufgrund seiner beruflichen Verpflichtungen vielfach auswärts tätig sein muß und daher im besonderen die Aufgaben im Prüfungsausschuß nicht mehr restlos erfüllen kann. Er möchte daher aus dem Prüfungsausschuß ausscheiden und ersucht um eine Änderung der Situation.

Der entsprechende Antrag lautet:

1) Präs-808/86

Änderung der Zusammensetzung der gemeinderätlichen Ausschüsse.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 16. Jänner 1989 wird anstelle des Herrn Gemeinderates Herbert Lang, der mit sofortiger Wirkung aus dem Prüfungsausschuß ausscheidet, an seiner Stelle Herr Gemeinderat Franz Enöckl in den gemeinderätlichen Prüfungsausschuß entsandt.

Ich bitte Sie um Ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sie haben den Antrag gehört. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Kollege Zagler bitte!

GEMEINDERAT MAG. HELMUT ZAGLER:

Von hier aus vielleicht eine kurze Mitteilung. Ich möchte mich im Namen des Prüfungsausschusses für die Mitarbeit von Kollegen Lang herzlich bedanken.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Danke, das wird zur Kenntnis genommen. Gibt es sonst noch eine Wortmeldung dazu? Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist angenommen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren, Sie wissen alle um die Problematik der räumlichen Unterbringung der Kabinen- und Garderobengebäude bei der Kunsteisbahn. Seit längerer Zeit wird hier eine Möglichkeit gesucht, eine Verbesserung zu erreichen. Ich glaube, ich kann mir ersparen, den Amtsbericht in seiner Gänze vorzutragen. Es ist vorgesehen, im südlichen Bereich unserer Kunsteisbahn ein neues Garderobengebäude für die sportlichen Aktivitäten, ich meine hier für den Eiskunstlauf und für die Eishockeyspieler und Stockschützen zu errichten. Die Gesamtkosten für diese Errichtung betragen nahezu 4 Mill. Schilling, nämlich 3,9 Millionen Schilling. Zum Finanzierungsplan ist vorgesehen, daß seitens der Oö. Landesregierung, der Sportabteilung, Beiträge von 600.000, seitens der Gemeinde ebenfalls 600.000, seitens der Sanitätsabteilung 150.000, ASKO Oö. 150.000, Eigenleistungen des Vereines 451.810 und seitens der Stadt Steyr 2 Mill. Schilling geleistet werden. Der diesbezügliche Antrag lautet:

2) Ha-6256/88

ATSV Steyr - Errichtung des Garderobengebäudes bei der Kunsteisbahn Steyr; Gewährung einer außerordentlichen Subvention.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Referates für Schule und Sport vom 6. 12. 1988 wird dem ATSV Steyr für die Errichtung des Garderobengebäudes bei der Kunsteisbahn eine außerordentliche Subvention in der Höhe von S 2.000.000,- gewährt. Die Ausbezahlung hat nach Vorlage entsprechender Rechnungen zu erfolgen. Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 2.000.000,-- (zwei Millionen)

werden bei der VSt 5/2621/777200.7 freigegeben.

Ich möchte dazusagen, daß selbstverständlich sich durch diese Art der Herstellung an den Besitzverhältnissen keine Änderung ergibt.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Wünscht dazu jemand zu sprechen? Kollege Pragerstorfer bitte.

GEMEINDERAT ING. KARL PRAGERSTORFER:

Kolleginnen und Kollegen, kurz und schmerzlos, ich habe bei der Budgetdebatte vor Weihnachten gefordert oder gewünscht, daß im heurigen Jahr eine ganze Menge Vorhaben so weit als möglich um 1 Jahr verschoben werden sollen, damit bei den Stadtfinanzen, besonders der Zunahme der Schulden, der Anstieg gebrochen wird. Ich werde im heurigen Jahr aus dieser Konsequenz meiner Einstellung heraus einer ganzen Reihe von Investitionsvorhaben die Zustimmung nicht geben können. Eines davon ist dieses Vorhaben. Ich habe nichts gegen dieses Vorhaben an sich, ich wäre dafür gewesen, es 1 Jahr zu verschieben. Das ist der Grund, warum

ich für das heurige Jahr diesem Vorhaben die Zustimmung nicht geben werde.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Gibt es noch eine Wortmeldung? Keine. Herr Bürgermeister bitte!

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich kann mich sehr kurz halten. Herr Gemeinderat Pragerstorfer hat ja an sich seine grundsätzlichen Überlegungen in der Budgetdebatte dargestellt. Der Zustand des derzeitigen Garderobengebäudes ist derartig schlecht, daß ein Aufschub dieser Arbeiten meines Erachtens nach nicht mehr vertretbar ist und ein Aufschub nur dazu führen würde, daß unter Umständen höhere Kosten auftreten.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist für den Antrag? Wer ist dagegen? Der Antrag ist mit 1 Gegenstimme (GAL) angenommen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren, wie Sie wissen, ist aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahrzehnte in unserer Region nicht nur in unserer Stadt, sondern in unserer Region eine Situation eingetreten, die dazu führen muß, sich ausführlich mit den Zukunftsperspektiven zu unterhalten. Es hat sich eine Organisation, ein Verein, gebildet, das sogenannte FAZAT - Forschungs- und Ausbildungszentrum, das sich konkret mit dieser Problematik beschäftigen soll. Dazu soll im Bereich des sogenannten Hack-Spitzes im Wehrgraben eine Forschungs- und Ausbildungseinrichtung entstehen, die nicht nur der öffentlichen Hand, sondern auch Privatbetrieben letztlich dienen soll. Diese Einrichtung soll dazu führen, daß wirkungsvolle Maßnahmen gesetzt, um diesen strukturellen Problemen künftighin Herr zu werden. Ich glaube, ich kann mir auch ersparen, den gesamten Amtsbericht zu verlesen, wir haben ja hier im Gemeinderat schon mehrmals darüber diskutiert. Es wird in diesem Bericht vorgeschlagen, diesem Verein zunächst eine Startsubvention von S 200.000,- für die ersten Arbeiten zu gewähren. Der entsprechende Antrag des Stadtsenates, der dort einstimmig beschlossen wurde, lautet:

3) Bau2-6446/86

Verein "Forschungs- und Ausbildungszentrum für Arbeit und Technik" in Steyr; Gewährung einer Subvention.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 10. Jänner 1989 wird dem Verein "Forschungs- und Ausbildungszentrum für Arbeit und Technik" zur Adaptierung und Ausstattung von Büroräumlichkeiten eine einmalige, nicht rückzahlbare Subvention in Höhe von S 200.000,- für das Budgetjahr 1988 gewährt. Zum genannten Zweck wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 200.000,-- (zweihunderttausend)

bei der VSt 5/0610/777000.6 für das Budgetjahr 1988 bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen. Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich darf um Annahme ersuchen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Kollege Pragerstorfer bitte.

GEMEINDERAT ING. KARL PRAGERSTORFER:

Kolleginnen und Kollegen, dieses Vorhaben FAZAT ist ein vom finanziellen Volumen, entsprechend der Planung, ein ziemlich großes und umfangreiches und kompliziertes Vorhaben. Ich habe diese Studie, die vorliegt und ein Grundkonzept sein soll, gelesen und aufgrund dessen mit dem Herrn Magister Ortner, dem Verfasser dieser Studie, ein informelles Gespräch geführt, ob er nicht bereit wäre, seine Gedankengänge in einer öffentlichen Veranstaltung darzulegen und allen, die interessiert sind, unabhängig von Parteien und Parteigrenzen, von Zuständigkeiten, eine Möglichkeit zu geben, in irgend einer Veranstaltung das Ganze darzulegen, Fragen zu beantworten und zu dem Thema Stellung zu nehmen.

Es wird irgendwann einmal im Frühjahr nach Faschingende hoffentlich zu dieser Veranstaltung kommen und ich möchte dazu alle einladen -es soll keine GAL-Veranstaltung sein, sondern eine unabhängige Veranstaltung sein - hier die Gelegenheit zu ergreifen und zu diesem teilweise doch etwas ununterfragten und umstrittenen Konzept FAZAT ein bißchen mehr zu hören und auch die Meinung dessen zu hören, der die ersten Materialien zusammengetragen hat und der vor allen Dingen das finanzielle Konzept erarbeitet hat. Ich bin ja an und für sich bei Subventionen eher skeptisch, mir wäre es lieber, wir würden in vielen Dingen weniger Subventionen geben. In diesem einen Ausnahmefall möchte ich aber davon Abstand nehmen und sagen, ich bin dafür, daß der Verein diese Subvention erhält.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Gibt es noch eine Wortmeldung dazu? Kollege Schloßgangl bitte.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Werte Damen und Herren des Gemeinderates, sehr geehrte Herren Bürgermeister! Wir haben im Stadtsenat ja dieser Subvention bereits zugestimmt, doch möchte ich ein paar Anmerkungen dazu machen. Zu Beginn möchte ich mich eigentlich gegen die Diktion des Amtsberichtes verwahren, wo es unter anderem heißt, "mangelnde Bereitschaft von Unternehmen der Region, Erweiterungsinvestitionen zu tätigen und dergleichen, kennzeichnen die Situation". Ich will nichts Böses unterstellen, aber dann zeigt es doch zumindest von einigem soliden Unwissen der Situation, denn wenn ich nur die Zahlen hernehmen darf, was in den vergangenen Jahren seit 1984 bis 1988 in Steyr und den Umlandgemeinden investiert wurde, so sind das 530 Firmen mit 7.328 Arbeitnehmern, die gefördert wurden, und 1.060 neue Arbeitsplätze, die dadurch geschaffen wurden. Hier kann man wirklich nicht von mangelnder Bereitschaft von Unternehmen sprechen. Nun zum FAZAT selbst. Eine Zustimmung meiner Fraktion bzw. einer Mitarbeit bei der Errichtung des FAZAT wird davon abhängen, ob man bereit ist, ein Projekt, zu dem wir Unterlagen und Anregungen liefern werden, das mit Firmengründungen oder Firmenansiedlungen verbunden ist, wie etwa ein Gewerbehof oder ein Technologiezentrum, zu realisieren. Unsere volle Unterstützung geben wir der Errichtung einer geschützten Werkstätte. Wozu ich einen bekannten und schon diskutierten Standort noch einmal ansprechen möchte. Es handelt sich dabei um das Objekt eines Gewerbetreibenden an der Wolfersstraße, der kurz vor der Pension steht und bereit wäre, seinen Betrieb bzw. seine Liegenschaft zu verkaufen. Bei Erwerb dieses Gebäudes könnte der geschützten Werkstätte auch ein Internat angeschlossen werden, wodurch dieses Projekt wesentlich interessanter und effizienter würde. Außerdem könnte es billiger und wesentlich rascher verwirklicht werden. Die Gründe auf dem Hack-Areal könnte man wirklich wirtschaftsfördernden und arbeitsplatzschaffenden Projekten vorbehalten, Ich glaube, wenn wir uns wirklich bemühen, Betriebe dort anzusiedeln, wobei ich betonen möchte, daß wir bereit sind, die Unterlagen dazu zu liefern, dann werden wir wirklich

Arbeitsplätze bekommen, sonst werden wir nur ein paar sündteure Verwaltungsbeamte dort ansiedeln können, aber nicht mehr.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Danke. Wer wünscht noch dazu zu sprechen? Kollege Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Wir hatten bereits einmal, für die kleineren Fraktionen allerdings überraschend, die Gelegenheit, im Rahmen einer Aktuellen Stunde von Frau Kollegin Schreiberhuber über die geplante Errichtung eines Forschungs- und Ausbildungszentrums für Arbeit und Technik im Stadtteil Wehrgraben informiert zu werden. Inzwischen hat ja der Verein seit 1. 1. d. J. seine Tätigkeit aufgenommen und es geht heute darum, daß die Stadt Steyr als Starthilfe dem Verein FAZAT eine Subvention in Höhe von S 200.000,- gewährt.
Unsere Meinung, meine Damen und Herren des Gemeinderates, zu diesem Projekt hat sich nicht geändert. In Anbetracht der Tatsache, daß die Region Steyr sich zu einer Problemregion mit dauerhaft hohen Arbeitslosenzahlen, mit der Tendenz zu Langzeitarbeitslosigkeit bedauerlicherweise entwickelt hat, muß die Stadt Steyr aufgrund ihres eingeschränkten Budgets Hilfestellung von außen beanspruchen. Die Stadt alleine ist nicht in der Lage, erforderliche strukturverbessernde Maßnahmen zu finanzieren. Diese Situation ist es, die die Stadt zwingen, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um den Krisenerscheinungen in unserer Region wirksam entgegenzutreten zu können. Der Verein FAZAT, so hofft man, ist eine dieser Möglichkeiten. Wir hoffen es auch, obwohl dieser Verein an sich Aufgaben des BFI übernimmt und einfach den finanziellen Bedarf von 250 Millionen Schilling für die Er- und Einrichtung sowie jährliche Betriebskosten von 16 Millionen Schilling bekanntgibt in der Erwartung, daß diese von der öffentlichen Hand bereitgestellt werden, aber ohne bekannt zu geben, welcher Anteil dieser Kosten durch eigene Einnahmen gedeckt werden soll. Die Stadt Steyr sollte daher auch ihre finanziellen Mittel entsprechend vorsichtig einsetzen und einschränken. Sie sollte aber auch dafür Sorge tragen, daß dieser Verein nicht zum Selbstzweck der dort Beschäftigten sich entwickelt. Daneben sollte die Stadt auch die Idee mit dem Gewerbehof nicht fallen lassen und weiterhin Betriebs- und Gewerbeansiedlungen sowie die Förderung bestehender Betriebe als Sofortmaßnahme im Auge behalten. Besonders ist aber auch den Abwanderungstendenzen von Betrieben aus unserer Stadt wirkungsvoll entgegenzutreten.
Meine Damen und Herren des Gemeinderates, die Region Steyr ist heute Krisenregion Oberösterreichs. Damit sie es morgen nicht mehr ist, bedarf es großer Anstrengungen aller verantwortlichen Stellen, vor allem aber auch der Hilfe von außen, um endlich notwendige für die weitere Existenz unserer Region Steyr lebensnotwendige Einrichtungen, wie den verkehrsmäßigen Anschluß sowohl der Straße als auch der Schiene, an den öö. Zentralraum zu bekommen.
In der Hoffnung, daß der Verein Forschungs- und Ausbildungszentrum für Arbeit und Technik einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation unserer Stadt und der Region Steyr, vor allem auch für die nächsten Jahrzehnte, leistet, gebe ich diesem Antrag namens der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion die Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke. Frau Kollegin Schreiberhuber ist die Nächste.

GEMEINDERAT GERTRUDE SCHREIBERHUBER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Aufgrund der bisherigen Zurückhaltung Ihrer Fraktion, Herr Stadtrat Schloßgangl, sich mit dem vorgelegten Projekt zu identifizieren, kann der Schluß gezogen werden, daß Sie noch immer nicht ganz sicher sind, ob es sich bei dem geplanten Vorhaben ausschließlich um Wirtschaftsförderung oder vielleicht nicht auch um Arbeitnehmerförderung handelt. Hiezu ist festzustellen, daß es sich nicht ausschließlich um die Schaffung von wirtschaftlichen Unternehmen bei dem gegenständlichen Projekt handelt, sondern um die künftig mehr denn je notwendige Heranbildung von Arbeitnehmern an die Erfordernisse der heutigen Technologien handeln muß. Wer immer sich daran beteiligen möchte und wer immer sich dazu auch bekennt, ist nach wie vor herzlich eingeladen, sich - in welcher Form auch immer - an dem Projekt FAZAT zu beteiligen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke Kollegin Schreiberhuber und bitte als nächsten Redner Kollegen Holub zum Pult.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ich glaube, da muß man schon eine grundsätzliche Antwort geben. Die Einladung, liebe Kollegin Schreiberhuber, die jetzt von Dir ergangen ist, ist vor einiger Zeit vom Verein FAZAT ergangen und sie ist auch vom Bürgermeister als ersten Repräsentanten der sozialistischen Bewegung hier in diesem Haus ergangen. Und diese Einladung des Herrn Bürgermeisters hat dann in weiterer Folge auch zu weiteren Gesprächen geführt. Ich glaube nur, wenn wir in der Tendenz in die näheren Betrachtungen gehen, die da so zwischen den Zeilen durchgeblitzt ist, die Du, Kollegin, gesprochen hast, dann wird das Gespräch sehr mühsam werden. Ich glaube nicht, daß es richtig ist, einen Gegensatz darzustellen zwischen Wirtschaftsförderung einerseits und Arbeitnehmerförderung andererseits, weil es keine Wirtschaft ohne Arbeitnehmer gibt und keine Arbeitnehmer ohne Wirtschaft. Ich glaube, daß Du mit Deinen Getreuen in der Tendenz am Holzweg bist, und ich stelle Dir wirklich sehr anheim zu überlegen, was Du in welchem Raum und in welchem Ton sagst, wenn du nicht Dinge, die in Entwicklung stehen, durch Deine Spontanität oder vielleicht auch Vorsätzlichkeit in Frage stellen willst. Es steht mir nicht an zu drohen und ich will das auch gar nicht tun, weil es in ein Gespräch, das entspannt begonnen hat, überhaupt nicht hineinpaßt. Ich möchte nur die lieben Kolleginnen und Kollegen der sozialistischen Fraktion darauf aufmerksam machen, daß, wenn man in Offenheit an Gespräche herantritt auf der anderen Seite auch Verständnis erwartet. Daß sich dieses Verständnis nicht nur aus den Worten der ersten beiden Mandatäre in dieser Stadt rekrutieren soll, sondern daß ich die ersten beiden Mandatäre der sozialistischen Bewegung sehr inständig bitte, in ihren eigenen Reihen darauf Einfluß zu nehmen, daß das Gespräch entspannt bleiben kann. Es kann unmöglich so sein, werte Kolleginnen und Kollegen, daß man ein Arbeitspapier - ich weigere mich, es Konzept zu nennen - unwidersprochen und unkritisch zur Kenntnis nehmen muß als Vorlage, friß Vogel oder stirb. Und wenn Du nicht mit allem einverstanden bist, beweist das, daß Du gegen Arbeitnehmerförderung bist und hast für Arbeitnehmer nichts über. Ich glaube, es ist völlig untragbar, daß man nicht die Aussagen des Papiers in Frage stellen kann, daß man nicht überprüfen soll, wie weit bestehende Ausbildungs- und Weiterbildungseinrichtungen ohnehin vorhanden sind und nur besser genutzt werden müssen. Dazu ist nämlich das viele Geld, das hier investiert wird, viel zu schade, wenn man das nicht wirklich sehr gewissenhaft vorbereitet. Wir werden, wenn man uns läßt, in einem zwangsfreien Klima unsere Ideen und unsere Vorstellungen als österr. Volkspartei und auch die Möglichkeiten der Institutionen, zu denen wir Zugang haben, vielleicht

leichter Zugang haben als die Kollegin Schreiberhuber, mit beibringen im Wohle unserer Mitbürger und im Wohle unserer Region. Wir wollen aber durchaus nicht haben, daß das die - ich weiß nicht vielleicht selbst gegebene oder verordnete - Aufgabenerfüllung von einzelnen Exponenten einer einzelnen Partei ist, die jeden anderen Gedanken abqualifizieren als einseitig.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke für den Beitrag. Gibt es noch eine Wortmeldung dazu? Das ist nicht der Fall, ich bitte daher Herrn Bürgermeister um das Schlußwort.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich möchte sagen, daß diese Einrichtung dazu dienen soll - das habe ich einleitend schon gesagt - entsprechende Forschungen auf dem Gebiet der Wirtschaft, der Arbeitsplätze durchzuführen. Es ist keinesfalls so gedacht, daß diese Einrichtung eine Konkurrenzierung der bestehenden Einrichtungen darstellen soll. Das möchte ich deutlich sagen. Ich meine hier das Berufsförderungs- oder das Wirtschaftsförderungsinstitut, die beide in dieser Richtung tätig sind. Wir glauben aber, daß gerade in unserer Region es notwendig ist, daß man sich mit den großen Problemen nicht im einzelnen, sondern sich mit den großen Problemen der strukturellen Veränderungen intensivst beschäftigen soll. Ich bin sehr froh darüber und ich war immer bemüht, daß es nicht eine Aktion einer oder zweier Parteien oder von drei Parteien sein soll, sondern daß alle politischen Gruppierungen hier im Gemeinderat mittun. Die Gespräche haben dazu geführt und ich bin dankbar dafür, daß auch die Österr. Volkspartei, die sicherlich gewisse Vorurteile anfangs hatte gegen diese Einrichtung, sich bereiterklärt hat, ihre Mitarbeit anzubieten. Ich glaube auch, daß diese Einrichtung künftighin auch den wirtschaftlichen Unternehmungen zur Verfügung stehen muß, wenn wir wollen, daß diese Einrichtung effektiv arbeitet. Das heißt für mich, daß Betriebe, die diese Einrichtung in Anspruch nehmen wollen, auch entsprechende positive Erfahrungen aus dieser Einrichtung sammeln können für ihr Unternehmen. So ist das gedacht. Ich hoffe, daß das funktioniert. Wir werden jedenfalls seitens des Ausschusses, seitens des Vorstandes dieses Vereines die notwendige Obsorge walten lassen, damit diese Arbeit in dieser Richtung getätigt wird. Das darf ich sehr deutlich hier sagen. Zum Vorschlag des Kollegen Schloßgangl bezüglich der geschützten Werkstätte darf ich sagen, daß ich eine Information von diesem Geschäftsmann habe, daß er unmittelbar vor dem Abschluß des Verkaufes steht und daher für den Zweck diese Einrichtung voraussichtlich nicht mehr zur Verfügung stehen dürfte. Es handelt sich um den Abschluß mit einer Wohnbaugesellschaft, mit einer Linzer Wohnbaugesellschaft. Ich glaube, daß wir gerade auch auf diesem Gebiet entsprechenden Nachholbedarf haben und wir auch froh sein müssen, wenn in dieser Richtung etwas geschieht.
Soweit eine Aufklärung zu den Anfragen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke für das Schlußwort. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Ich danke. Ist jemand dagegen? Der Antrag ist einstimmig angenommen.
Ich danke unserem Bürgermeister für seinen Bericht und übergebe ihm wieder den Vorsitz.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich übernehme den Vorsitz und bitte Kollegen Wippersberger um seine Berichte.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, ich habe Ihnen insgesamt 4 Anträge zur Beschlußfassung vorzulegen. Ich bitte Sie jetzt schon, diesen Ihre Zustimmung zu geben.

Bei meinem ersten Antrag geht es um die Bezugsregulierung und Erhöhung der Pensionsbeiträge ab 1. 1. 1989. Ich glaube, ich kann es mir und Ihnen ersparen, den Antrag in seinem Wortlaut zu verlesen. Analog der Bundesregelung werden ab 1. 1. 1989 die Löhne und Gehälter unserer Bediensteten um 2,9 Prozent - das wissen Sie bereits aus den Medien - erhöht. Gleichzeitig tritt bei den Beamten eine Anhebung des Pensionsbeitrages um 0,25 Prozent in Kraft.

4) Präs-1008/88

Bezugsregulierung und Erhöhung der Pensionsbeiträge ab 1. 1. 1989.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Abschnitt I

Artikel I

a) Den Beamten der Stadt Steyr werden bis zum Inkrafttreten der entsprechenden landesgesetzlichen Vorschriften vorgriffsweise monatliche Ergänzungszulagen in Höhe der Differenz zwischen den am 1. 12. 1988 geltenden Bezugsansätzen und den in den Anlagen angegebenen Bezugsansätzen gewährt. Die Ergänzungszahlungen unterliegen der Pensionsbeitrags- und der Krankenfürsorgebeitragspflicht sowie der Pensionsautomatik.

b) Auf die Vertragsbediensteten finden die Bestimmungen der lit. a) sinngemäß Anwendung, wobei diese Bezüge nach den Bestimmungen des § 8 der für die Vertragsbediensteten der Stadt Steyr geltenden Vertragsbedienstetenordnung (VBO) festgesetzt werden. Die genauen Entlohnungsansätze sind aus den Gehaltstabellen ersichtlich.

Artikel 2

Die Pflegedienstzulage und die Pflegedienst-Chargenzulage werden gegenüber dem Stand vom 1. 12. 1988 um 2,9 v. H. erhöht.

Artikel 3

Die Nebengebühren werden gegenüber dem Stand vom 1. 12. 1988 um 2,9 v. H. (= Valorisierungsfaktor des Gehaltes von V/2) erhöht.

Abschnitt 2

Die von den Monatsbezügen und Sonderzahlungen sowie von dem Anspruch auf eine Nebengebührenezulage begründenden Nebengebühren zu entrichtenden Pensionsbeiträge werden vorgriffsweise bis zur entsprechenden Novellierung des § 65 des StGBG bzw. des § 3 des Oö. Nebengebührenezulagengesetzes um 0,25 v. H. erhöht.

Abschnitt 3

Die Bestimmungen des Abschnittes 1 und 2 treten ab 1. 1. 1989 in Kraft.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Kollege Treml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich möchte zu dieser Bezugsregulierung und Erhöhung des Pensionsbeitrages eines sagen. Erstens wurde der Amtsbericht darüber den Gemeinderatsfraktionen der Grün-Alternativen-Liste sowie der Freiheitlichen Partei und der KPÖ vorenthalten. Ich frage Sie daher, warum wurde dieser Amtsbericht diesen Fraktionen vor-

enthalten? Alle Amtsberichte, wie Sie wissen, über alle Angelegenheiten der Stadtgemeinde werden seit vielen Jahren auch den Minderheitsfraktionen übermittelt, jedoch jene, die die Personalfragen betreffen, werden nach wie vor den Minderheitsfraktionen vorenthalten. Daher verlange ich auch vom Vizebürgermeister, der den Antrag hier vertreten muß, von Vizebürgermeister Wippersberger, daß er nach dem Wortlaut des Amtsberichtes den Antrag vor der Abstimmung vorträgt, damit auch die Minderheitsfraktionen einen Einblick bekommen über die konkrete Gehaltserhöhung. Wir wissen schon aus der Presse, wir sind ja nicht normale Bürger möchte ich sagen, daß wir uns als Gemeinderäte aus der Presse informieren lassen müssen, wie die Gehaltserhöhung aussieht unserer Gemeindebediensteten. Ich weiß natürlich, daß die 2,9 Prozent, die hier vorge-tragen worden sind, in Wirklichkeit ja nie 2,9 Prozent sind, weil 0,25 Prozent in Abzug zu bringen sind. Es handelt sich also maximal um 2,65 Prozent. Aber uns interessiert natürlich auch, wie das wirklich aussieht bei den Bediensteten unseres Hauses, wie weit man für ihre Arbeit dementsprechende Entlohnung und Gehälter vorsieht.

Meine Damen und Herren, vielleicht in diesem Zusammenhang möchte ich mir zumin-destens erlauben, eine Erweiterung der demokratischen Rechte aller Gemeinde-ratsfraktionen zu fordern, nämlich in einem gemeinsamen Antrag von GAL, KPÖ und FPÖ, den ich heute an den Gemeinderat einbringen werde. Näm-lich, daß in Zukunft die schriftlichen Berichte des Kontrollamtes der Stadt Steyr über die quartalsmäßige Prüfungstätigkeit einschließlich des jeweiligen Jahresberichtes nicht nur den SPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktionen, sondern ent-sprechend dem Gleichheitsgrundgesetz auch den Fraktionen der GAL, der KPÖ und der FPÖ zeitgerecht, vor den Kontrollausschußsitzungen, zur Verfügung gestellt werden. Dasselbe - da stellen wir nicht den Antrag - hoffen wir, daß in Zukunft eine bestimmte Vertretung der Minderheitsfraktionen in der Personalkommission gesichert ist bzw. zumindest die schriftlichen Informationen auch an diese Minderheitsfraktionen zeitgerecht übermittelt werden. Bei dieser Gelegenheit erlaube ich mir, den gemeinsamen Antrag zu überreichen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Ich darf dazusagen, daß ich diesen Antrag zunächst entgegennehme, er ist ja ordnungsgemäß abgefaßt. Er wird Thema bei der nächsten Fraktionsobmänner-besprechung sein. Die ist sicher noch vor der nächsten Gemeinderatsitzung. Wünscht noch jemand zu diesem Antrag zu sprechen? Kollege Wippersberger bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Zu den Ausführungen des Kollegen Tremml darf ich sagen, es gibt keinen Amtsbericht dazu, es gibt nur ein Schreiben des Personalreferates. Es ist diese Regelung eine bundeseinheitliche, die natürlich auch wir zu übernehmen haben. Sie gilt für Gesamtösterreich, also auch für Steyr. Ich bin aber gerne bereit, den Antrag in seinem Wortlaut vorzulesen. Bitte ersparen Sie mir aber die Beilagen dazu, sonst würde ich um 4 Uhr noch vorlesen, das sind ja unheimlich viele Zahlen, das kann sich ja ohnehin kein Mensch mehr merken. Noch einmal gesagt, es gibt keinen Amtsbericht, nur ein Schreiben der Personalabteilung, wo darauf hinge-wiesen wird auf diese Bundesregelung, die in Kraft tritt. (Verlesung des gesamten Antrages).

Ich bitte um Annahme des Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Wer ist gegen den Antrag? Der Antrag ist einstimmig an-genommen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Beim zweiten Antrag geht es um die Beiträge für die Schulung der Gemeindefunktionäre für das Jahr 1989. Gemäß einem Erlaß der Oö. Landesregierung hat die Stadt S 7.620,- pro Gemeinderat für Schulungszwecke abzutreten. Insgesamt sind demnach S 275.000,- freizugeben.

5) Ha-7457-88

Beiträge für die Schulung der Gemeindefunktionäre für das Jahr 1989.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 15. Dezember 1988 wird als Gemeindebeitrag zur Schulung von Gemeindefunktionären für das Jahr 1989 ein Betrag von

S 274.300,- (zweihundertvierundsiebzigtausenddreihundert)

bei der VA-Stelle 1/0000-757999.3 freigegeben.

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben den Antrag gehört. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wer ist dafür? Ist jemand dagegen? Der Antrag ist so angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Bei meinem dritten Antrag geht es um die Aufstockung der Grundleistung für die Stadtwerke im Ausmaß von S 73.400,-. Ich glaube, ich kann es mir ersparen, den umfangreichen Amtsbericht bzw. Antrag zu verlesen.

6) Präs-31/83

Verkehrsbetriebe der Stadtwerke; Zuerkennung einer Grundleistung - Aufstockung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Beschluß des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 9. Juni 1988 wurde als Grundleistung für den Verkehrsbetrieb der Stadtwerke Steyr für das laufende Rechnungsjahr 1988 der Betrag von S 1.100.000,- freigegeben. Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 19. Dezember 1988 wird nunmehr eine Aufstockung dieser Grundleistung um einen Betrag von S 73.375,- auf insgesamt S 1.173.375,- genehmigt.

Zum genannten Zweck wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von S 73.400,- (dreiundsiebzigtausendvierhundert)

bei der VSt 1/8790/759200.5 bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 44 (5) StS zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich darf auch hier um Annahme ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Keine. Wer ist für den Antrag? Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Mein letzter Antrag geht es um den Bauabschnitt 07 des Reinhaltungsverbandes Steyr und Umgebung, und zwar um die Zusicherung des Wasserwirtschaftsfonds.

7) Wa-5450/75

Bauabschnitt 07 des Reinhaltungsverbandes Steyr und Umgebung;
Zusicherung des Wasserwirtschaftsfonds.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Bürgermeisterverfügung vom 2. Jänner 1989, womit wegen Dringlichkeit gemäß § 46 Abs. 7 des Statutes für die Stadt Steyr nachstehendes angeordnet wurde, wird hiemit genehmigt.

"Aufgrund des Amtsberichtes der MA III RHV vom 19. 12. 1988 wird der Übernahme der Haftung durch die Stadt Steyr für ein dem RHV Steyr und Umgebung vom Wasserwirtschaftsfonds gewährtes Darlehen in der Höhe von S 42.000.000,- für den Bauabschnitt 07 des RHV zugestimmt.

Im Sinne des § 71 (3) des Statutes für die Stadt Steyr wird das genehmigungspflichtige Rechtsgeschäft erst mit der aufsichtsbehördlichen Genehmigung rechtswirksam.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Gibt es Enthaltungen? Einstimmig angenommen.

Ich danke Kollegen Wippersberger für seine Berichte. Nächster ist Kollege Holub.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe Ihnen 5 Anträge aus dem Referat Denkmalpflege in Vorschlag zu bringen und bitte, dies in einem tun zu dürfen.

Zum ersten handelt es sich um die finanzielle Abwicklung des Jahresprogrammes 1988 - nicht 1989 - nach den Maßnahmen zur Ortsbildpflege und der Fassadeninstandsetzung. Es wird gebeten, die budgetierte S 1 Million freizugeben, einen Kreditübertrag von S 377.000,- auf diese Voranschlagspost zu Lasten der Position Gebäude Wehrgraben und eine Kreditüberschreitung von S 300.000,- aus Kredit- oder Deckungsmittel zu bewilligen. Die S 300.000,- Deckungsmittel wurden vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung als erhöhte Subvention für die Denkmalpflege in Steyr noch in Aussicht gestellt und sollen noch im Jahr 1988 rechnermäßig vereinnahmt werden.

8) K-23/88

Maßnahmen zur Ortsbildpflege; I) Fassadeninstandsetzungen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 6. 12. 1988 wird für die in diesem Amtsbericht beschriebenen, durchgeführten Fassadeninstandsetzungen eine Förderung im Ausmaß von S 1.677.000,- gewährt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von
S 1.000.000,-- (eine Million)

bei der VSt 5/3630/778010.9 freigegeben sowie eine Kreditübertragung im Ausmaß von

S 377.000,-- (dreihundertsiebenundsiebzigtausend)

von der VSt 5/3630/778000.0 auf die VSt 5/3630/778010.9 und eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 300.000,-- (dreihunderttausend)

bei der VSt 5/3630/778010.9 bewilligt. Die Deckung der Kreditübertragung hat durch die VSt 5/3630/778000.0 zu erfolgen. Die Deckung der Kreditüberschreitung hat durch die erwartete Bedarfszuweisung des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung zu erfolgen.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Darf ich gleich mit den anderen Anträgen weitertun?

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich sehe, daß eine einzelne Abstimmung gewünscht wird. Ich frage gleich, ob zum ersten Antrag jemand das Wort wünscht? Kollege Pragerstorfer bitte.

GEMEINDERAT ING. KARL PRAGERSTORFER:

Kolleginnen und Kollegen, als Mitbesitzer eines Hauses, das mit einer Subvention bedacht wurde, möchte ich die Gelegenheit nützen, stellvertretend aber ohne Auftrag für alle jene, die aus Steuermitteln von der Allgemeinheit etwas in ihr privates Eigentum bekommen haben, danke schön zu sagen. Im Falle unseres Hauses können Sie die S 90.000,-, die gezahlt wurden, recht deutlich sehen. Wir hoffen, daß der Wehrgraben ein wenig freundlicher geworden ist. Das ist ungefähr die Summe, die die Färbelung des Hauses gekostet hat. Statt fleckig gelb ist es jetzt strahlend weiß. Ich möchte mich aber bei diesem Antrag aus demokratischer Grundeinstellung als befangen erklären und deswegen Stimmenthaltung üben. Deshalb habe ich auch gebeten, die Anträge zu trennen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltung? Der Antrag ist mit einer Stimmenthaltung (GAL) angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Der nächste Antrag aus den Maßnahmen zur Ortsbildpflege betrifft die Dacherneuerungen und die Sicherung wertvoller Bausubstanzen. Hier sollen für das Jahr 1988 613.000 S bzw. für die Finanzierung der Maßnahmen im Jahr 1988 freigegeben werden. Im Ganzen sind es 14 Objekte, die hinsichtlich Dächer oder wertvoller Bausubstanz gefördert werden mit einem Gesamtherstellungsvolumen von nicht ganz 2,3 Millionen Schilling .

9) K-23/88

Maßnahmen zur Ortsbildpflege; II) Dacherneuerungen
und Sicherung wertvoller Bausubstanzen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 7. 12. 1988 wird im Zusammenhang mit den durchgeführten Maßnahmen zur Ortsbildpflege - Dacherneuerungen unter Verwendung von Biberschwanzziegelmaterial und Sicherung wertvoller Bausubstanzen einer Förderung des in diesem Amtsbericht beschriebenen Gesamtvorhabens für das Jahr 1988 im Ausmaß von S 613.000,- zugestimmt.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 613.000,-- (sechshundertdreizehntausend)

werden bei der VSt 5/3630/778000 .0 freigegeben.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ?

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Gibt es Enthaltungen? Der Antrag ist so beschlossen.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Die nächsten drei Anträge befassen sich mit der Restaurierung kirchlicher Ensembles in unserer Stadt und stellen einen tatsächlichen und inhaltlichen Zusammenhang und nicht nur einen thematischen Zusammenhang dar. Ich möchte das so begründen. Der erste Antrag befaßt sich mit der Restaurierung der Stadtpfarrkirche, wo die Stadt seit langem in Finanzierungsvorlage gegenüber den anderen Förderungsgebern getreten ist. Dem wird diesmal Rechnung getragen durch

eine Reduzierung des Förderungsvolumens. Im Plan waren S 400.000 gewesen,

es wird jetzt der Antrag gestellt, S 250.000,- freizugeben, wobei ich ausdrücklich betone, daß die Stadt noch immer in Vorlage bleibt gegenüber den anderen Förderungsgebern. Die hier ersparten S 150.000,- stellen die Bedeckung des übernächsten Antrages zur Subventionierung der Restaurierung der Evangelischen Pfarrkirche beim Bahnhof dar. Der mittlere und noch nicht erwähnte Antrag stellt, wenn er Zustimmung findet, S 400.000,- für die Restfinanzierung der Außenrestaurierung im Bereich des Klosters Gleink dar.

10) Ha-3202/86

Ha-6342/80

Kirchliche Ensembles in Steyr; Restaurierung der Stadtpfarrkirche.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 4. 1. 1989 wird der Stadtpfarre Steyr für Restaurierungsarbeiten am Dach der Stadtpfarrkirche eine Beitragsleistung im Ausmaß von S 250.000,- zuerkannt.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 250.000,-- (zweihundertfünfzigtausend)

werden bei der VA-Stelle 5/3630/777100.9 für das Rechnungsjahr 1988 freigegeben.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

11) Ha-3841/79

Kirchliche Ensembles in Steyr; Außenrestaurierung der kirchlichen Bereiche zum Kloster Gleink - Endfinanzierung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit GR-Beschluß vom 22. Jänner 1987 wurde für die Außenrestaurierung des kirchlichen Bereiches zum Kloster Gleink eine Beihilfe von insgesamt S 1,200.000,-, zahlbar in drei Jahresraten ab 1986, gewährt. Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 4. 1. 1989 wird nun der Ausbezahlung der letzten Rate im Ausmaß von S 400.000,- zugestimmt.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 400.000,-- (vierhunderttausend)

werden bei der VA-Stelle 5/3630/777109.9 für das Rechnungsjahr 1988 freigegeben.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

12) Ha-4720/88

Presbyterium der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B., Steyr, Bahnhofstraße 20; Gewährung einer Subvention zu Sanierungsmaßnahmen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 3. 1. 1989 wird dem Presbyterium der Evangelischen Pfarrgemeinde A. B., Steyr, Bahnhofstraße 20, zu den durchgeführten Sanierungsmaßnahmen an der Kirche in der Bahnhofstraße eine Subvention in der Höhe von S 150.000,- gewährt.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 150.000,-- (einhundertfünfzigtausend)

werden bei der VA-St. 5/3630/777100.9 für das Rechnungsjahr 1988 freigegeben.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung über die drei Anträge. Wer dafür ist, den bitte ich, ein Zeichen mit der Hand zu geben? Gibt es Gegenstimmen oder Enthaltungen? Alle drei Anträge sind einstimmig angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Ich darf mich beim Gemeinderat für diese Zustimmung bedanken und möchte auch den Gemeinderat davon informieren, daß es nach unserem Erachten kurz vor dem Abschluß einer neuen gemeinsamen Fassadenaktion, gemeinsam mit Bund und Land, steht. Ich muß deswegen sagen kurz vor dem Abschluß, weil es noch einiger klärender Gespräche bedarf und der endgültigen Unterfertigung der Förderungsvereinbarung. Aber es schaut tatsächlich recht gut aus und ich glaube, wir werden mit Schwerpunkt im Stadtteil Steyrdorf aus der öffentlichen Hand nicht nur der Stadt, sondern auch des Landes und des Bundes viel Gutes zur weiteren Entwicklung der alten Stadtteile tun können. Das nur als Schlußbemerkung.

Der nächste Antrag, den ich vorzutragen habe, betrifft die Erlassung eines Badeverbotes im Bereich des "Kruglwehres". Er stellt nichts anderes dar, als die Abänderung einer sicherheitspolizeilichen Verordnung in eine ortspolizeiliche Verordnung von bleibendem Wert.

13) Pol-4532/88

Erlassung eines Badeverbotes im Bereich des "Kruglwehres" und des "Kugelfangwehres".

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 20. Dezember 1988 wird die in der Beilage beigezeichnete Verordnung betreffend die Erlassung eines Badeverbotes beim sogenannten "Kruglwehr" und dem sogenannten "Kugelfangwehr" genehmigt. (BEILAGE)

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wortmeldungen dazu gewünscht? Keine. Ist jemand gegen den Antrag? Oder gibt es Enthaltungen? Der Antrag ist so beschlossen.

Ich danke Kollege Holub für seinen Beitrag. Nächster Berichterstatter ist Kollege Sablik.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ERICH SABLIK:

Werte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich ersuche Sie um Zustimmung für meine beiden Anträge, die ich Ihnen heute vorzutragen habe.

14) ÖAG-6163/88

Städt. Wi-Hof

Ankauf eines Müllwagens; Ersatzbeschaffung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit GR-Beschluß vom 24. 11. 1988 wurde dem Ankauf eines Müllwagenaufbaues mit Kamm-Hubkippvorrichtung zum Preise von S 795.510,- exkl. MWSt. sowie eines Steyr-Diesel-Lkws zum Preise von S 635.550,- exkl. MWSt. zugestimmt.

Die Freigabe der hierfür erforderlichen Mittel blieb einer gesonderten Beschlußfassung vorbehalten. Aufgrund des Amtsberichtes der MA VII vom 2. 1. 1989 wird nunmehr zur Ausbezahlung der offenen Rechnungen der Mittelfreigabe im Ausmaß von

S 1,432.000,-- (eine Million vierhundertzweiunddreißigtausend) bei der VA-St. 5/8200/040000.9 für das Rechnungsjahr 1989 zugestimmt.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wortmeldungen gewünscht? Keine. Gibt es Gegenstimmen oder Enthaltungen? Der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT ERICH SABLIK:

Der zweite Antrag betrifft den Ausbau der Wolfener Landesstraße, und zwar die Endabrechnung der Grundeinlösen.

15) Bau3-2721/80

Ausbau der Wolfener Landesstraße;
Endabrechnung der Grundeinlösen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Beschluß des Gemeinderates vom 20. 1. 1983 wurde im Zusammenhang mit dem Ausbau der Wolfener Landesstraße der Übernahme der erforderlichen Grundeinlösekosten durch die Stadt Steyr zugestimmt. Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 27. 12. 1988 wird nunmehr nach Vorliegen der Endvermessung der Ausbezahlung der restlichen Grundeinlösen an die in diesem Amtsbericht aufgelisteten Grundeigentümer im Gesamtausmaß von S 746.762,11 zugestimmt. Gleichzeitig wird der Einforderung der unter Punkt B) dieses Amtsberichtes angeführten Rückzahlungsbeträge im Gesamtausmaß von S 212.800,- zugestimmt.

Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von

S 250.000,-- (zweihundertfünfzigtausend)

bei der VA-Stelle 5/6110/002230.1 freigegeben sowie eine Kreditübertragung im Ausmaß von

S 497.000,-- (vierhundertsebenundneunzigtausend)

von der VA-Stelle 5/6120/002270.6 auf die VA-Stelle 5/6110/002230.1 bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditübertragung hat durch die VA-Stelle 5/6120/002270.6 erfolgen. Die Annahme der angeführten Rückzahlungsbeträge hat bei der VA-Stelle 6/6110/829.000.7 zu erfolgen.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Keine. Wer ist für den Antrag, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gegenprobe? Enthaltungen? Der Antrag ist so beschlossen.

Ich danke Kollegen Sablik für seine Berichte. Nächster ist Kollege Schloßgangl.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Meine sehr geehrten Herren Bürgermeister, meine werten Damen und Herren des Gemeinderates!

Bei meinem ersten Antrag geht es um die Flächenwidmungsplanänderung Nr. 50, die Herr Franz Hartlauer eingereicht hat. Er hat für Zwecke des Umbaus und Einbau eines Großgeschäftes mit einer Verkaufsfläche von 2.570 m² und einer Gesamtbetriebsfläche von 4.960 m² angesucht, und zwar auf der Grundfläche des ehemaligen Bezirks- und Kreisgerichtes. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

16) Bau2-3880/88

Flächenwidmungsplanänderung Nr. 50 - Hartlauer.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Gegenständliche Flächenwidmungsplanänderung Nr. 50 - Hartlauer - wird entsprechend den Plänen des Stadtbauamtes des Magistrates der Stadt Steyr vom 22. Juni 1988 sowie nach Maßgabe des Amtsberichtes der Mag. Abt. XI vom 16. Dezember 1988, beschlossen.

Ich bitte, darüber abstimmen zu lassen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie für den Antrag sind? Ist jemand dagegen? Der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Beim nächsten Antrag geht es um den Beschluß eines Bebauungsplanes. Aufgrund der bestehenden Nachfrage nach Siedlungs- bzw. Bauparzellen hat das Stadtbauamt des Magistrates der Stadt Steyr den Bebauungsplan Nr. 54 "Auer" erstellt und zur Beschlußfassung vorgelegt. Das Planungsgebiet liegt an der Ennser Straße zwischen der Firma Froschauer und der Firma Niederhauser, nördlich wird es von der Friedhofstraße und westlich vom bestehenden Betriebsbaugebiet begrenzt.

17) Bau5-3558/88

Bebauungsplan Nr. 54 "Auer".

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Bebauungsplan Nr. 54 - "Auer" entsprechend den Planunterlagen des Stadtbauamtes des Magistrates der Stadt Steyr vom 6. Juni 1988 wird nach Maßgabe des Amtsberichtes der Mag. Abt. XI vom 29. Dezember 1988 beschlossen.

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wortmeldungen? Keine. Wer ist für den Antrag, den bitte ich um ein Handzeichen? Wer ist dagegen? Gibt es Enthaltungen? Der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Für die Errichtung der Kanalisation Steyrdorf sollen drei Aufträge vergeben werden. Der entsprechende Antrag lautet:

18) Bau6-1074/88

Bau3-4700/85

Errichtung Kanalisation Steyrdorf im Rahmen des BA 05 und BA 06 Stadt Steyr; Straßenbauarbeiten Direktions-, Sierninger- und Fabrikstraße; Straßenbeleuchtungsarbeiten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III namens der städtischen Kanalverwaltung vom 14. 12. 1988 werden im Zusammenhang mit der Errichtung der Kanalisation Steyrdorf im Rahmen des BA 05 und BA 06 der Stadt Steyr nachstehende Aufträge an die ARGE Beer & Janischofsky - Mayr-Bau-GesmbH, Steyr, vergeben:

1. Kanalbauarbeiten in der Höhe von S 12,484.076,20 exkl. MWSt.

2. Straßenbauarbeiten in der Höhe von S 2,933.508,96 inkl. MWSt.

3. Straßenbeleuchtungsarbeiten in der Höhe von S 84.672,-- inkl. MWSt.

Die erforderliche Mittelfreigabe bleibt einer gesonderten Beschlußfassung vorbehalten.

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht dazu jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Wer ist für den Antrag? Wer ist dagegen? Enthaltungen? Der Antrag ist mit 1 Gegenstimme (GAL) angenommen.

Ich danke Kollegen Schloßgangl für die Berichte. Nächster ist Kollege Stadtrat Steinmaßl.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Aufgrund der angespannten finanziellen Situation der Stadtwerke Steyr ersuchen diese um eine Akontozahlung in der Höhe von 6 Mill. Schilling, für die von der Stadt Steyr zu leistenden Verlustersätze 1988 für die Freizeiteinrichtungen Stadtbad und Kunsteisbahn.

Der Antrag des Stadtsenates lautet:

19) ÖAG-6372/88

Stadtwerke

Stadtwerke Steyr - Teilbetriebe Stadtbad und
Kunsteisbahn; Verlustersätze 1988, Akontozahlung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 18. 10. 1988 wird den Stadtwerken Steyr eine Akontozahlung in der Höhe von S 6,000.000,- auf die durch die Stadt Steyr zu leistenden Verlustersätze 1988 für die Teilbereiche Stadtbad und Kunsteisbahn gewährt.

Die Überweisung des Differenzbetrages zu den tatsächlichen Verlustersätzen 1988 hat erst nach Genehmigung der Bilanz der Stadtwerke Steyr durch den Gemeinderat der Stadt Steyr zu erfolgen.

Zum genannten Zweck wird der Betrag im Ausmaß von

S 6,000.000,-- (sechs Millionen)

bei der VSt 1/8790/759200.5 (Rechnungsjahr 1989) freigegeben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wortmeldungen dazu gewünscht? Keine. Wer ist für den Antrag? Wer ist dagegen? Gibt es Enthaltungen? Der Antrag ist so beschlossen.

Ich danke Kollegen Schloßgangl für den Vortrag. Kollege Zöchling ist der Nächste.

BERICHTERSTATTER STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Sehr geehrtes Präsidium, werte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich darf Ihnen die letzten drei Anträge vortragen. Der erste Antrag lautet:

20) Bau3-3033/85

Bau3-7584/86

Übernahme eines Teilstückes der Punzerstraße (Parzelle
541, KG. Hinterberg) in das öffentliche Gut.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 13. 12. 1988 wird der Übernahme des Teilstückes der Punzerstraße zwischen dem Kreuzungsbereich Haager Straße - Plenkberg und der an der Punzerstraße gelegenen Tankstelle, Parzelle 541, KG Hinterberg, in das öffentliche Gut zugestimmt.

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Keine. Wer ist für den Antrag? Wer ist dagegen? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:
Der zweite Antrag betrifft:

21) ÖAG-7024/88

Verkauf des Grundstückes 447, KG Gleink,
an die Fa. Musica - Musikinstrumentenfabrik GesmbH.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des vorstehenden Amtsberichtes wird dem Verkauf des Grundstückes 447 KG Gleink, im Ausmaß von 2.713 m², an die Fa. Musica, Musikinstrumentenfabrik GesmbH, Pyrachstraße 1, 4400 Steyr, zum Preis von S 200,-/m² zugestimmt. Der anteilige Straßengrund von 120 m² ist zum selben Kaufpreis mitzubezahlen. Der Gesamtkaufpreis von S 566.600,- kann in drei gleichen Jahresraten, beginnend ab Vertragsabschluß, entrichtet werden. Auf die Verzinsung der aushaftenden Kaufpreisteilbeträge wird verzichtet, jedoch wird Wertsicherung nach dem Verbraucherpreisindex 1986 vereinbart. Der Verkauf des Grundstückes erfolgt zur Errichtung eines Betriebsobjektes für die Herstellung von Musikinstrumenten. Zur Sicherung dieser Verpflichtung behält sich die Stadt das Vor- und Wiederkaufsrecht an der Liegenschaft vor.

Der Fa. Musica wird Gewerbeförderung in der Weise gewährt, daß die Stadt auf die Einhebung der Anliegerbeiträge zur Fahrbahn- und Gehsteigerstellung verzichtet und die Kanalanschlußgebühr mit dem Satz für Kanalaltbaugebiet berechnet. Die Aufschließung des Grundstückes mit Wasser und Kanal wird bis zur Grundgrenze auf Kosten der Stadt durchgeführt.

Ich bitte um Annahme des Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ?

Wortmeldungen dazu sehe ich keine. Ist jemand gegen den Antrag? Gibt es Enthaltungen? Der Antrag ist so angenommen.

STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

Der letzte Antrag, den ich Ihnen vorzutragen habe, hat folgenden Wortlaut:

22) ÖAG-7475/88

Grundverkauf für das Pensionistenwohnhaus in
Steyr, Industriestraße, Grundstück 1224/42, KG. Steyr.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem Verkauf der laut Lageplan des Dipl. Ing. Friedrich Mayrhofer vom 5. 12. 1988, GZ. 7054/88, neu gebildeten Grundparzelle 1224/42 im Ausmaß von 1.636 m² zum Preise von S 100.000,- im Sinne des Amtsberichtes an die Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr, wird zugestimmt. Der Verkauf und die Festsetzung des Kaufpreises gilt nur unter der Bedingung, daß die Wohnungsgesellschaft auf dem Grundstück die Errichtung eines etwa 24 Wohneinheiten umfassenden Wohnhauses für betagte Mitbürger unter Inanspruchnahme von Mitteln der Wohnbauförderung durchführt. Andernfalls ist die Rückübertragung des Grundstückes vertraglich zu sichern.

Auch hier bitte ich um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wortmeldungen dazu sehe ich ebenfalls keine. Wer ist für den Antrag? ist jemand dagegen? Auch dieser Antrag ist einstimmig angenommen. Damit sind wir am Ende der Tagesordnung angelangt. Wir kommen nun zur Aktuellen Stunde.

Beginn der Aktuellen Stunde: 15.15 Uhr

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich frage die sozialistische Fraktion, ob ein Thema gewünscht wird? Kollegin Schreiberhuber bitte.

GEMEINDERAT GERTRUDE SCHREIBERHUBER:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat!

Mit Herannahen der kalten Jahreszeit wurden im vergangenen Jahr die Arbeiten im Zusammenhang mit der Neugestaltung des Stadtplatzes vorläufig eingestellt. Die aufgrund der getroffenen Entscheidungen feststellbaren Auswirkungen können vor allem auch wegen des heurigen schneearmen Winters in unseren Breiten einer objektiven Beurteilung unterzogen werden, welche Anlaß geben soll, bereits jetzt mit der etappenweisen Fortsetzung aller Vorhaben zu beginnen.

Die Erfahrung aus dem durch die Wintermonate geschaffenen Beobachtungszeitraum zeigt für jedermann und -frau deutlich, daß aufgrund der Erklärung des gesamten Ennskaibereiches zur Kurzparkzone erhebliche Kapazitäten an freiem Parkraum tagsüber vorhanden sind, welche ohne weiteres die Aufhebung der vorläufig auf dem Stadtplatz noch vorhandenen Parkflächen zulassen.

An der Stelle erlaube ich mir, auf die sicherlich nicht unerheblichen Auswirkungen auf alle im innerstädtischen Bereich tätigen Bediensteten, welche durch diese Regelung betroffen wurden, zu verweisen. Dies allerdings ohne Emotionen, mit der selbstverständlichen Bereitschaft und dem Bekenntnis, den geforderten Beitrag aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, welche in solchen Betrieben ihren Arbeitsplatz, ihre Existenzgrundlage, haben, im Wissen um die Notwendigkeit solcher Maßnahmen, im Dienste der Schönheit unseres Stadtbildes, im Dienste des Fremdenverkehrs und im Dienste der da ansässigen Wirtschaftsbetriebe und öffentlichen Einrichtungen dieses Bereiches zu erbringen. So sehr der die Infrastrukturen des innerstädtischen Bereiches nutzende Kurzbesucher geschätzt und willkommen ist, wird nicht nur im Hinblick auf jene Besucher, die sich am Anblick des in seiner Geschlossenheit einzigartigen Steyrer Stadtplatzes erfreuen möchten, sondern auch aus grundsätzlichen denkmalschützerischen Erwägungen die Bereitschaft aller erwartet, an der Realisierung dieses Vorhabens der Freimachung von parkenden Fahrzeugen mitzuwirken.

Eine Freimachung des Steyrer Stadtplatzes und damit verbunden die Schaffung von Fahrstreifen für den Durchzugsverkehr wird eine wesentliche Verbesserung für alle Stadtplatzbenützer mit sich bringen - nicht nur für die Fahrzeugbenützer, sondern vor allem für die Fußgänger, welche zur Zeit mit bis zu drei Reihen Fahrzeugen, die sich mit mehr oder minder angemessener Geschwindigkeit über den Stadtplatz bewegen, konfrontiert sind.

In diesem Zusammenhang erhebt sich nun die Frage, ob nicht gleichzeitig mit der Ausgestaltung des westlichen Gehsteigbereiches am Stadtplatz begonnen werden sollte. Nicht zuletzt wird am Wohlbefinden des Fußgängers am Stadtplatz und in der Enge Gasse der Erfolg aller getroffenen Maßnahmen ablesbar sein, was selbstverständlich auf die Bereitschaft, die im innerstädtischen Bereich befindlichen Geschäfte aufzusuchen, Auswirkung haben wird. Wenn schon jetzt die Entscheidung über die gänzliche Freimachung von parkenden Fahrzeugen am Stadtplatz getroffen werden könnte, würde vielleicht auch bereits im heurigen Sommer der von vielen einheimischen und auswärtigen Besuchern gehegte Traum von Gastgärten und Ort der Begegnung usw. und dem damit verbundenen Offenhalten der ansässigen Gastbetriebe auch an Sonntagen Wirklichkeit werden.

Schließlich ist nicht einsehbar, einerseits von der Bedeutung des Fremdenverkehrs und der Notwendigkeit, den Stadtplatz als den zentralen Punkt attraktiver zu gestalten, zu sprechen, andererseits keine wie immer geartete Bereitschaft

zu zeigen, hier langjährigen Erwartungen Rechnung zu tragen. Wie in der kommunalen Verwaltung ist auch im Bereich der Wirtschaft das ganzheitliche Zusammenwirken aller Kräfte erforderlich, wozu ich hiemit aufrufe. Ein Beitrag der Wirtschaft im innerstädtischen Bereich kann schließlich auch nicht in der Rückvergütung allfälliger Parkgebühren für Konsumenten erschöpft sein, sondern müßte in diesem Zusammenhang ein wesentlicher, spürbarer Kostenbeitrag geleistet werden.

Anbetrachts des noch zu erbringenden finanziellen Einsatzes seitens der öffentlichen Hand im Stadtplatzbereich und die zu erwartenden Auswirkungen auf die Wirtschaftsbetriebe müßten auch von dieser Seite her Überlegungen einsetzen, wie und durch welche Beiträge auch immer all diese Vorhaben schneller umgesetzt werden könnten.

Danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für diesen Beitrag und möchte einige Sätze dazu sagen.

Zunächst zur zeitlichen Abwicklung. Wir haben ja im Vorjahr vor den Weihnachtsfeiertagen nicht nur wegen der witterungsmäßigen Beeinträchtigung, sondern auch wegen der Geschäftswelt, die Bauarbeiten verhältnismäßig zeitig eingestellt. Es ist der Stadtplatz rathausseitig nicht fertig geworden. Das erste, was begonnen werden muß, ist meines Erachtens nach die Fertigstellung der Rathausseite in der vorgesehenen und beschlossenen Form mit den Platten, wie es bei der Enge begonnen wurde, unter gleichzeitiger Fertigstellung des Bereiches Enge. Dieser Teil sollte meines Erachtens nach bis zum Stadtfest beendet sein. Wir müssen auch trachten, daß wir nicht allzu viele Baustellen auf dem Stadtplatz haben, weil damit das ganze Leben auf dem Stadtplatz nicht unwesentlich beeinträchtigt wird. Heran steht auch die Ausgestaltung des Pfarrberges. Damit ist eine teilweise Sperre des Pfarrberges verbunden. Diese Arbeiten können meines Erachtens nach nur - ich habe ja mit dem Bauamt ständig Kontakt - in den Sommermonaten, in den Ferien durchgeführt werden, weil der Pfarrberg sonst durch den Schülerverkehr sehr stark belastet ist. Es erscheint mir daher sinnvoll, daß der Pfarrberg in den Ferienmonaten gemacht wird. Gleichzeitig müßte der Vorschlag des Bauamtes über die Gestaltung der Westseite des Stadtplatzes im Präsidial-Planungsausschuß diskutiert werden und im Herbst die Westseite begonnen werden. Damit hätten wir die Gewähr, daß nur jeweils eine Seite des Stadtplatzes durch Bauarbeiten belastet und eingeschränkt ist. Das ist meine Vorstellung zum zeitlichen Ablauf.

Ich glaube, es hat sich die Errichtung der Kurzparkzone auf dem Ennskai bewährt. Wir haben daraus Erfahrungen gewonnen, und zwar positive Erfahrungen. Wir haben sehr oft schon und oftmals auch sehr heftig darüber diskutiert, ob wir diese Parkplatzsituation durch die Einführung einer Bewirtschaftung oder einer Parkgebühr besser in den Griff bekommen. Es hat sich aber meines Erachtens nach jetzt herausgestellt, zumindest für den Bereich des Ennskais, daß es unter Umständen gar nicht notwendig ist, daß wir - zunächst möchte ich sagen - das einführen, weil auch jetzt meistens Parkplätze frei sind. Daher würde ich empfehlen, daß wir in unseren künftigen Beratungen - das würde ich auch Kollegen Pimsl empfehlen - im Verkehrsausschuß das miteinbeziehen, ob es nicht sinnvoll ist, daß wir die Einführung einer Bewirtschaftung des Parkplatzes am Kai zunächst aussetzen bis neue Erkenntnisse gewonnen werden. Mir erscheint das sinnvoll, möchte aber den Stadtplatz in diese Überlegungen mit einbeziehen. Vielleicht ist es notwendig, daß wir am Stadtplatz vielleicht überhaupt eine andere Verkehrsregelung treffen. Wir haben am Stadtplatz insgesamt 24 oder 27 Kurzparkplätze, unter Umständen reichen sie ja aus. Das möchte ich dazu sagen. Die Gespräche, glaube ich, können beginnen. Aber so würde ich mir das

vorstellen. Ich glaube, wir kommen zunächst, diese Bwirtschaftung war ja nicht vorgesehen als Einnahmequelle, sondern sie war für eine Regelung des ruhenden Verkehrsgeplant. Mit der Einführung einer Parkgebühr wäre ja zweifellos eine gewisse Einschränkung verbunden. Nachdem es scheinbar auch ohne dem geht, stelle ich zur Diskussion, daß man diese Dinge noch einmal überlegen sollte. Ich würde vorschlagen, daß wir zunächst von der Einführung einer Parkgebühr am Kai absehen. Zu diesem Thema ÖVP? Kollege Schloßgangl bitte.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Grundsätzlich möchte ich dazu sagen, wir haben ein Konzept vorgestellt seitens der Gemeinde, seitens des Verkehrsreferenten des Stadtbauamtes. Es wurde viel diskutiert darüber und man ist zu einem relativ einhelligen Beschluß gekommen, dieses Konzept, das zu verwirklichen. Daher scheint es mir nicht sinnvoll, jetzt vollkommen neue Aspekte hineinzubringen und das wieder über den Haufen zu werfen. Eines hat sich allerdings herausgestellt und das habe ich selbst am eigenen Leib erlebt und verspürt. Wenn man am Abend am Stadtplatz Richtung Enge zu parkt, so haben Sie die Gewähr, daß sie nach kurzer Zeit ein Strafmandat haben. Ich glaube, man hat nicht bedacht und es war auch nicht in der Absicht bei der Beschlußfassung eines Halteverbotes, dieses unbegrenzt auch über die Nachtstunden wirksam sein zu lassen. Dort müßte man, glaube ich, generell eine Regelung treffen in Form einer Zusatztafel, daß man dieses Halteverbot aufhebt und ab 18 Uhr außer Kraft setzt. Allgemein sollte man aus der Erfahrung heraus überhaupt die Halteverbote in Parkverbote umwandeln, denn es ist wahnsinnig schwierig, für kurze Erledigungen, sei es daß Sie auf eine Bank müssen oder daß Sie in die Apotheke gehen oder in sonst einem Geschäft nur einen kurzen Einkauf tätigen wollen, daß Sie heroben einen Parkplatz bekommen. Der Wunsch der Bevölkerung und auch der Geschäftswelt wäre, dieses Parkverbot in der Zeit von 8 - 17 zu ermöglichen, Montag - Freitag von 8 - 12 - nicht das Parkverbot, sondern am Samstag ausgenommen von 8 - 12, Montag - Freitag von 8 - 17 Uhr in ausgenommen Ladetätigkeit abzuändern. Dieser Vorschlag liegt auch dem Kollegen Pimsl vor und im Bereich Stadtplatz 7 - 13, ehemals Gericht, sollte man das unbefristete Halteverbot in ein befristetes Parkverbot in der Zeit von 8- 17 Uhr von Montag bis Freitag und Samstag von 8 - 12 Uhr abändern. Samstag nachmittag und auch an Sonn- und Feiertagen gehört dieses Parkverbot aufgehoben meiner Meinung nach.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Seitens der GAL Herr Kollege Pragerstorfer bitte.

GEMEINDERAT ING. KARL PRAGERSTORFER:

Kolleginnen und Kollegen, von Seiten der GAL ist das Wegschaffen der Fahrzeuge vom Stadtplatz seit einem Jahrzehnt überfällig unserer Ansicht nach. Wir sind sehr interessiert daran, daß so schnell wie möglich und so vollständig wie möglich der Verkehr vom Stadtplatz wegkommt, damit er wieder seine Funktion kriegt, die er vorher hatte, ein Wirtschafts-, ein Kommunikations- und ein Marktplatz. Ich kann mir nicht vorstellen, daß es da einen Gegensatz gibt zwischen Baumaßnahmen und Fahrzeugen. Je weniger Fahrzeuge dort sind, desto angenehmer für die Baumaßnahmen. Ich kann mir sehr wohl vorstellen, daß man über eine gewisse Zeit, ein halbes Jahr, ein Provisorium macht und das ausprobiert. Niemand weiß, was noch für Randprobleme daherkommen. Vielleicht muß man das eine oder andere modifizieren. Ich kann nur sagen, je schneller desto lieber, ich kann nur alle Gemeinderäte - die Sitzung dauert heute ohnehin nicht so lange - einladen, schauen wir gleich nachher hinunter und schauen wir, daß wir die Autos weg bekommen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Kollege Tremml namens der KPÖ, bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Die kommunistische Fraktion unterstreicht eigentlich die Ausführungen, die die Gerti Schreiberhuber heute im Namen der sozialistischen Mehrheit vorgebracht hat im Zusammenhang mit der Umgestaltung des Stadtplatzes. Ich glaube nicht nur wir, sondern der Großteil unserer Steyrer Bevölkerung begrüßte die Umgestaltung des Stadtplatzes und auch in der Richtung, daß man nun nach den Witterungsverhältnissen so rasch wie möglich die Fortsetzung des weiteren Ausbaues forciert. Gleichzeitig, glaube ich, ist zu sagen, daß auch die Mehrheitsfraktion aufgrund der Erfahrungen, die sich gezeigt haben, es doch für notwendig gehalten hat, zumindest nach den Worten des Bürgermeisters Schwarz, die heute zum Ausdruck gekommen sind, daß man von der von uns sehr stark angegriffenen Bewirtschaftung der Parkflächen am Ennskai Abstand genommen hat. Wir waren ja von Anfang an der Auffassung, daß die Kosten erheblich seien, nämlich durch die Anschaffung und Errichtung von Parkscheinautomaten. Ich erinnere mich noch sehr gut an die große Begeisterung von vielen Mandataren, als Stadtrat Wüstner aus Bregenz hier vorgetragen hat, welche Millioneneinnahmen dadurch für die Stadt entstehen könnten. Bürgermeister Schwarz hat ja mit Recht festgestellt, daß es zumindest auch der Mehrheitsfraktion nur darum ging, hier Parkmöglichkeiten zu schaffen, um das Leben in der Innenstadt weiter aufrecht zu erhalten. Ich glaube, daß dies mit den Verkehrsmaßnahmen, die beschlossen worden sind und auch umgesetzt wurden, daß man die Kurzparkflächen am Ennskai verdoppelt hat, daß hier eine Gewährleistung ist, daß man fast zu jeder Zeit auch an sehr stark frequentierten Tagen hier Parkmöglichkeiten findet. Aufgrund dieses Ergebnisses ist es möglich, unmittelbar und sofort auch die 27 Kurzparkflächen, die derzeit am Stadtplatz noch sind und so beschlossen wurden, aufzuheben. Allerdings wird ja nach wie vor bleiben die Möglichkeit der Zufahrt der Pkw zu den vorhandenen Parkflächen am Ennskai. Außerdem wird auch bleiben die Zufahrt unserer städtischen Linienbusse sowie müßte auch bleiben bzw. wird auch bleiben, daß die Möglichkeit für ältere Menschen besteht, daß sie auch das Taxi benützen können, daß hier auch Parkflächen für Taxis bleiben. Die übrige Fläche soll eben wirklich dazu dienen und wird wahrscheinlich auch dienen, den Fremdenverkehr in unserer Stadt weiter anzukurbeln, damit die Schönheit unseres Stadtplatzes noch besser zur Geltung kommt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Namens der FPÖ bitte ich Kollegen Eichhübl.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!
Der Grundtenor der Wortmeldung von Frau Kollegin Schreiberhuber war ja der, sofort den Stadtplatz vom ruhenden Verkehr zu befreien. Obwohl ich, wie Sie alle wissen, mich im Namen der freiheitlichen Fraktion immer für die Befreiung jeglichen Verkehrs am Stadtplatz eingesetzt habe, glaube ich, daß es doch verfrüht ist, eine sofortige Freimachung vom ruhenden Verkehr, von dem jetzt gesprochen wurde, zu bewerkstelligen, bevor nicht in Stadtplatznähe dringend notwendige Abstellplätze errichtet werden. Das würde meiner Meinung nach zweifellos zu einem Rückgang der Frequenz in den innerstädtischen Geschäften führen, weil dann die Kaiparkplätze überfüllt sein werden. Ebenso ist ja die derzeitige Lösung, den Stadtplatz als Zufahrt zu den Parkplätzen am Ennskai zu benützen, unbefriedigend. Es wird also nach wie vor nach einer günstigeren Lösung zu suchen sein.
Erfreulich ist die Mitteilung des Herrn Bürgermeisters Schwarz, daß man vorerst

die Kaiparkplätze gebührenfrei halten wird. Mehr möchte ich dazu nicht sagen. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Ich bitte den Referenten um das Wort.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Geschätzte Herren Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegendes Gemeinderates!

Der Beschluß, eine Verkehrsregelung für den innerstädtischen Bereich herbeizuführen, hat sich in seinen grundsätzlichen Überlegungen als richtig erwiesen. Natürlich sind im Laufe der Monate seit Einführung dieser Verkehrsregelung Erkenntnisse dazugewonnen worden, die man bei etwaigen Modifizierungen berücksichtigen sollte. Es ist nicht daran gedacht, ein neues innerstädtisches Verkehrskonzept deswegen zu erstellen, weil sich aus der Praxis heraus einige Änderungen als sinnvoll erweisen könnten. Eine dieser Änderungen konnten wir gemeinsam sicherlich nicht in dieser Form voraussehen, denn wir waren gemeinsam im Verkehrsbeirat und im Verkehrsausschuß der Auffassung, daß durch die Schaffung einer generellen Kurzparkzone am Grünmarkt sich das Verkehrsaufkommen in dieser Kurzparkzone so erhöhen würde, daß kaum mehr freie Abstellflächen zur Verfügung stehen. Wie man aber sieht, gibt es mit ganz geringen Ausnahmen während der gesamten Woche immer genügend Kurzparkplätze am Ennskai. Da erhebt sich natürlich im Zusammenhang die Frage, ob es sinnvoll und notwendig ist, die vorhandenen 27 Kurzparkplätze am Stadtplatz beizubehalten, wenn genügend Parkflächen am Ennskai vorhanden sind. Deswegen auch, meine Damen und Herren, weil wir zurecht manches Mal kritisiert werden, daß eine Flut von Verkehrstafeln und Hinweisschildern notwendig ist, um eine ausreichende Kennzeichnung verschiedener Parkmöglichkeiten oder Ladezonenbereiche zu ermöglichen. Ich würde es eher begrüßen zu überlegen, ob wir diese 27 Kurzparkplätze auflassen und dafür auch das Parkverbot am Stadtplatz generell umwandeln, damit könnten wir aber eine Reihe von Verkehrstafeln beseitigen. Am Eingang des Stadtplatzes wäre es meiner Meinung nach dann durchaus denkbar, ein Hinweisschild anzubringen "Parkverbot am gesamten Stadtplatz". Dieser Hinweis würde sicherlich ausreichen, um jeden Besucher des Stadtplatzes, der motorisiert am Stadtplatz einfährt, ausreichend und ordnungsgemäß darüber zu informieren. Wir haben gegenwärtig nicht immer zu unrecht Schwierigkeiten, daß vor allem stadtfremde Besucher über die mangelnde Beschilderung, die aber über durch die Situierung des Stadtplatzes zwangsläufig notwendig wurde, dann aber sehr verunsichert sind und wenn sie ein Organmandat erhalten bzw. auch bei entsprechenden Hinweisen durch Exekutivorgane nicht immer zu Unrecht auf die Ausrede verfallen, man hätte sich zu wenig ausgekannt. Da wäre sicherlich schon eine Möglichkeit. Die andere Möglichkeit, die Kollege Schloßgangl angezogen hat, die Ladezonen zeitlich zu begrenzen, hat sicherlich auf Anhieb einen Vorteil und ich selbst habe in gleicher Weise argumentiert. Man müßte aber bei dieser Frage schon den Fremdenverkehr mit einbeziehen. Ich gebe zu bedenken, es ist kein Problem, die Ladezonen bis 17 Uhr, wie Du Kollege Schloßgangl vorgeschlagen hast, aufrecht zu erhalten und nachher sogar für ein Parken freizugeben, zumindest an Wochenenden. So, glaube ich, ist Dein Vorschlag und so ähnlich liegt er mir auch vor, ich weiß ihn jetzt nicht auswendig. Damit würde aber eines passieren, Kolleginnen und Kollegen, daß wir eher einen Schritt zurück machen als einen nach vorne und der Fremdenverkehr Samstag und Sonntag bei uns ja eher noch zunehmen sollte, wenn unsere eigene Werbung dafür auch entsprechendes Echo findet, dann haben wir wieder eines, daß der Fremde zurecht bemängelt, daß der Stadtplatz vor lauter Blech nicht zu sehen sei. Es kommt dazu, daß ja auch im Beitrag der Kollegin Schreiberhuber der Hinweis mit beinhaltet war, man möge doch an Tagen, wo auch die Temperaturen entsprechend sind, mit Schanigärten und anderen Initiativen dort zusätzliche Begegnungsplätze

schaffen. Das würde aber mit einer 17-Uhr-Aufhebung der Park- oder Halteplätze hinfällig werden. Man muß auch die sommerliche Zeit und die sommerlichen Temperaturen und die Winterzeit bzw. die winterlichen Temperaturen auseinanderhalten, weil der gegenwärtige Zustand sicherlich dieser Anregung oder dieser Forderung mehr Nachdruck verleiht, als es im Sommer unter Umständen sinnvoll und richtig erscheint. Ich glaube daher, wir werden uns im nächsten Verkehrsausschuß erstens einmal auf die Anregung des Bürgermeisters hin neuerlich mit den Wünschen und Anträgen beschäftigen. Wir werden auch - hier hat der Verkehrsausschuß keine Antragstellungsmöglichkeit - die Anregung, eine Vergebühung der Kurzparkzonen am Ennskai dem Gemeinderat zu empfehlen, sicherlich nicht wiederholen unter den gegenwärtigen Umständen. Es sei denn, es käme in absehbarer Zeit zu einer bewirtschafteten Parkfläche drüber der Enns, was ja noch immer als eine Möglichkeit besteht. Dann wäre es mit ziemlicher Sicherheit auch notwendig, zu überlegen, ob wir dann am Ennskai eine gleichartige Vergebühung unter Umständen überlegen, um nicht unter Umständen eine leerstehende Parkgarage zu haben und da nach Möglichkeit eine Überfüllung der vorhandenen Plätze dabei zu befürchten.

Ich möchte nochmals darauf verweisen, daß gerade in der letzten Zeit und nicht erst, seit in den Medien zu lesen war, daß in Linz eine Durchforstung der Verkehrsschilder und Verkehrshinweise vorgenommen wird, wir ja schon seit längerem vor allem sehr restriktiv die zusätzliche Anbringung von Werbetafeln an Masten etc. generell fast ablehnen, dort, wo es sich nicht als unbedingt notwendig erweist. Es wäre sicherlich einmal ganz gut und sinnvoll vor allem auch wegen der Kosten, wenn man eine Durchforstung unseres Schilderwaldes vornehmen würde. Speziell dort, wo sich diese so häufen, daß der einzelne Verkehrsteilnehmer kaum mehr in der Lage ist, zu unterscheiden, was denn tatsächlich gewollt oder gemeint ist. Da kann man sowohl den Stadtplatz als ein negatives Beispiel betrachten, aber aus der Gesetzeslage heraus als notwendig, wie es gegenwärtig ist. Dazu gehört sicherlich auch der Brucknerplatz, wo wir ständig entsprechende Hinweise bekommen. Man kann das zweifellos auch auf andere Bereiche mit ausdehnen. Wir müssen uns aber darüber auch im klaren sein, Kolleginnen und Kollegen, daß die Anträge im Verkehrsausschuß auf Aufstellung zusätzlicher Verkehrshinweise und Verkehrsschilder nach wie vor im Zunehmen sind. Selbst dort, wo die Straßenverkehrsordnung eindeutige Aussagen macht, wird immer wieder verlangt, durch zusätzliche Beschilderung den Verkehrsteilnehmer auf gewisse Gefahren oder sonstige Hinweise aufmerksam zu machen. Da müssen wir halt zukünftig vielleicht unter dem Motto "etwas weniger ist mehr" handeln.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Nachdem auch der Fremdenverkehr davon betroffen ist, bitte ich Kollegen Holub zum Wort.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

In dem Fall als Referent für den Fremdenverkehr möchte ich mir nicht den Vorwurf machen, Positionen, die vielleicht nicht immer meine sind, aber doch die der Fremdenverkehrswirtschaft, in die Diskussion einzubringen. Dort, wo es nicht ganz meine ist, das möchte ich vorweg stellen, die mir aber von der Fremdenverkehrswirtschaft herangetragen wurde, das ist der Wunsch, Abstellflächen auch für Autobusse am Stadtplatz zu haben. Ich sage ausdrücklich, das ist nicht meine Meinung, sondern die von Fremdenverkehrsbetrieben, weil ich glaube, daß sich die Betriebe hier irren. Am gezielten Hinweis an die Autobusunternehmen, die herzlich gerne eingeladen sind, den Stadtplatz anzufahren, dort an zu schaffenden eigenen Aussteigplätzen für Besucherbusse - da haben wir nämlich noch einen kleinen Fehler, der gehört behoben - die Gäste aussteigen

zu lassen, die Innenstadt genießen zu lassen und drüben auf dem gewidmeten Parkplatz beim Bergerweg die Fahrgäste wieder aufzunehmen, dabei sie auch noch den Spaziergang über die Enns genießen zu lassen. Das ist meine Position dazu und das sage ich auch der Fremdenverkehrswirtschaft.

Den zweiten Hinweis der Fremdenverkehrswirtschaft, den mache ich auch zu meiner eigenen Position. In jeder mir zumindest bekannten Stadt gibt es im Bereich von größeren Hotels, besonders dann, wenn sie mehr als 20 Betten haben, geeignete Ladezonen für den Hotelbetrieb. Es ist, glaube ich wirklich notwendig, nicht nur für die Betriebe am Stadtplatz, sondern auch drüben beim Minichmayr, eine Ladezone vorzusehen, damit der Hotelgast zufahren kann, sein Gepäck ausladen kann und dann das Fahrzeug auf einem ihm vom Hotelier angebotenen Parkplatz abstellt. Das muß kein Privatparkplatz des Hotels sein, aber von einem Hotelier kann ich erwarten lokale Kenntnis, wo Parkraum zur Verfügung steht. Das wäre die Aufgabe der Fremdenverkehrswirtschaft auch. Diese Hotel-Ladezonen sollte man vorsehen, vielleicht sogar zweckwidmen. So etwas gibt es nämlich auch nur für Hotelgäste. Aber ausdrücklich als Ladezone und nicht als Insel der Glückseligen für Personen, die privilegiert ihr Mittagessen konsumieren können und alle anderen dürfen dann wieder nicht.

ZWISCHENRUF MAG. DKFM. HELMUT ZAGLER:
Oder der Chef und seine Gattin!

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Oder der Chef selbst und seine Gattin, so war es dann nicht gemeint. Das ist meine Position dazu.

Was den Wunsch unserer Gäste betrifft, den Stadtplatz genießen zu können, so ist es sicherlich richtig, daß der Wunsch vorhanden ist, die Fahrzeuge weg vom Stadtplatz. An Sonntagen erlebt man aber mitunter jetzt schon die Kehrseite der Medaille. Eine große freie Fläche steht zur Verfügung und diejenigen, die den Ennskai zum Parken anfahren, bewegen sich dann mit ihrem Fahrzeug in verbrecherischer Geschwindigkeit über den Stadtplatz. Genau das war dann wohl mit der Maßnahme nicht gemeint. So daß sich also sicherlich beides vereinen wird lassen, wenn man es richtig macht, dann, wenn das Klima dazu ist, Schanigärten am Stadtplatz zuzulassen, das führt zu einer Einschränkung des Fließverkehrs und führt zu einer Einschränkung der Parktätigkeit. Aber es wird kein Mensch verstehen, wenn in Jahreszeiten wie diesen Flächen gewidmet sind für Schanigärten, wo beim besten Willen die Sitzerei im Freien nicht das reine Vergnügen ist. Wahrscheinlich liegt die Wahrheit in der Mitte, jedes Extrem ist falsch. Aber der Kompromiß an der Wahrheit gefunden oder an der Realität gefunden wird auch der Weg in die Zukunft sein können, der wahrscheinlich von allen akzeptiert wird.

Ich glaube, auch vom Standpunkt des Fremdenverkehrs aus die Position der Fremdenverkehrswirtschaft mit meiner identifizieren zu können, daß man sagt, Ladezonen selber nicht nur für die Hotels, sondern auch für die Tagesgäste, die im Innenstadtbereich das Geschäftsangebot konsumieren wollen, Ladezonen zur Verfügung zu haben, nicht aber längere Parkplätze. Ich glaube, wir können auch unseren Gästen zumuten, daß sie die 2 oder 3 Minuten von einem vorhandenen, vielleicht noch besser zu kennzeichnenden Parkplatz z. B. beim Museum - warum steht dort nicht deutlich für alle Zentrumsparkplatz? - gehen. Diese Frage ist zu stellen. Vielleicht sollten wir auch darüber nachdenken, ob wir nicht bei unseren Stadteinfahrten Hinweistafeln aufstellen, wo der Gast, der als Besucher mit dem eigenen Fahrzeug herkommt, Parkplatz findet - und wo er nicht damit rechnen kann.

Ich glaube, es wäre sehr fair dem Fremden gegenüber, wenn wir bei der Stadteinfahrt mitteilen, im Zentrum keine Dauerparkplätze - Dauerparkplätze

an diesen Standorten. Das kann man stilisiert bei der Stadteinfahrt als Dienstleistung anbieten. Das habe ich z. B. in Regensburg schon gesehen. Regensburg sollte man sich sehr gewissenhaft anschauen, wenn man um die Notwendigkeiten alter Städte und auch um ein sehr blühendes Fremdenverkehrswesen in Einheit nachdenken will.

Was die absolute Freimachung des Stadtplatzes betrifft, das kann ich jetzt leider Gottes nicht als Fremdenverkehrsreferent sagen, aber bitte wenn ich schon dastehe, darf ich den einen Satz noch dazusagen. Ich erinnere an das Schreiben von Altbürgermeister Franz Weiss, der in seiner uns allen genügend bekannten Beredsamkeit auch schriftlich mitgeteilt hat, daß er der Meinung wäre, daß vor der einen Maßnahme Ersatz durch eine andere Maßnahme notwendig wäre und daß die Wohngegend in der Umgebung seiner eigenen Wahrnehmung nach vermehrt belastet würde durch das Parkplatzsuchen von anderen Verkehrsteilnehmern. Ich möchte nur daran erinnern, und ich möchte auch daran erinnern, daß er sehr dringlich der Meinung ist, daß sich der Verkehrsausschuß mit diesem Thema auseinandersetzen möge und daß er eine Regelung in seinem Sinn bis dato vermißt. Das war der Inhalt so ungefähr des Briefes. Über die rhetorischen Feinheiten darin glaube ich steht es nicht dafür, sich hier im Detail auszulassen. Es hieße, den Brief in der Realität überzubewerten. Aber die Wahrheit ist, wir brauchen Ersatzparkplätze, wenn wir in der Innenstadt etwas machen wollen. Und wir müssen, das ist wieder die Position der Fremdenverkehrswirtschaft, diese Parkplätze forciert anstreben. Ich glaube, daß ich wirklich berechtigt bin zu sagen, daß die Fremdenverkehrswirtschaft der Meinung ist, daß das Abwarten auf das Bundesbahnprojekt möglicherweise zu lang dauert. Der Name allein "Bahn 2000" sagt uns ja den Zeithorizont schon in etwa. Ich glaube ganz einfach nicht alle Versprechungen, die der derzeitige Generaldirektor der Österr. Bundesbahnen macht und jeder, der sich in den letzten Jahren mit der österreichischen Innenpolitik auseinandergesetzt hat, weiß um die Richtigkeit meiner Befürchtungen. Daher sollten wir aus eigenen Kräften in der Stadt auch versuchen, Ersatzparkplatz anzubieten und das Projekt Schiffmeisterhaus nicht außer acht lassen und auch den Zugang vom Schiffmeisterhaus hierher. Soweit, glaube ich, war das nicht nur die Position der Fremdenverkehrswirtschaft, sondern die von sehr sehr vielen Steyrern.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Damit ist dieser Punkt erledigt. Es handelt sich dabei um ein wirklich aktuelles Thema und ich würde bitten, daß sich der Verkehrsausschuß in der nächsten Zeit mit diesen Problemen eingehend beschäftigt. Wünscht die ÖVP ein Thema? Kein Thema. GAL? Bitte.

GEMEINDERAT ING. KARL PRAGERSTORFER:

Kolleginnen und Kollegen. Bei dem, was ich heute hier zur Sprache bringen will, handelt es sich um ein Nachtragsthema, um einen Nachtrag, weil halt immer noch so gern verdrängt und in der Vergangenheit verborgen. Es geht um unser Verhältnis zu den jüdischen Mitbürgern, die von 1938 an aus Steyr vertrieben worden sind oder mehr oder weniger freiwillig selber aus Steyr weggegangen sind. Ich möchte einmal zur Diskussion bringen, daß wir uns dieser Mitbürger zumindest erinnern, daß wir uns auch ihrer Religion und ihres Friedhofes ein kleines bißchen symbolisch annehmen. Daß man auf Kosten der Stadt dort eine Gedenktafel anbringt - die Synagoge war in der Bahnhofstraße - damit alle Leute wissen, daß das nicht immer nur ein Drogeriemarkt war. Am Eingang zum jüdischen Friedhof, der so schön in Vergessenheit am Tabor sein Ableben fristet, dort eine Tafel anbringt. Daß wir es auch auf uns nehmen, die Kosten für die Betreuung der jüdischen Gräber auf Stadtkosten durchzuführen und daß wir es nicht der jüdischen Kultusgemeinde in Linz überlassen, für diese Dinge zu

sorgen.

Ein weiterer Vorschlag wäre, daß wir, soweit es noch Überlebende, ehemalige Steyrer Bürger gibt, die die Stadt mehr oder weniger freiwillig verlassen haben, man diese feststellt und wieder einmal nach Steyr einlädt, um ihnen auf diese Art und Weise zu sagen, sie wären hier wieder willkommen, wir würden sie gerne wieder haben. Wir können das Vergangene zwar nicht vergessen oder ungeschehen machen, aber zumindest möchten wir doch, daß das nie wieder auftaucht und daß wir heute zu den Dingen etwas anders stehen. In welcher Art und in welcher Form vielleicht könnten wir es einmal bei einer Fraktionsobmännerbesprechung als Thema mit hineinnehmen. Ich möchte Sie auf jeden Fall bitten um Ihre Unterstützung, damit in dieser Sache etwas unternommen wird. Daß nach den Feiern oder nach den Jahrestagen im letzten Jahr das nicht wieder alles in Vergessenheit gerät und daß wir doch einmal wenigstens symbolisch entsprechende Stellung als Gemeinde, als Steyrer Bürger, nehmen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Kollege Wippersberger bitte.

Dagegen, dieses Thema in einer Fraktionsobmännerbesprechung zu behandeln, ist grundsätzlich nichts einzuwenden.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich kann mich ganz kurz fassen. Natürlich ist es für uns eine moralische Verpflichtung. Für Donnerstag, 14 Uhr, ist eine Delegation angesagt, die in dieser Richtung vorspricht. Der Herr Bürgermeister ist am Donnerstag nicht da, er ist auswärts, daher werde ich diese Delegation empfangen. Wir werden in dem Sinn, der auch von Kollegen Pragerstorfer vorgetragen wurde, Gespräche mit den Leuten führen. Das gehört wirklich gemacht. Wir haben z. B. ein Denkmal für die Italiener, die anlässlich eines Bombenangriffes zugrunde gegangen sind im letzten Weltkrieg. Da ist ein kleiner italienischer Friedhof, der von der Stadt versorgt wird. Ich könnte mir sehr gut vorstellen, daß auch ein jüdischer Friedhof entsprechend versorgt wird. Am kommenden Donnerstag um 14 Uhr kommt eine Delegation zu mir und da werden wir in dieser Richtung eine Aussprache führen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Seitens der ÖVP zu diesem Thema? Kollege Holub bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, es ist schon richtig, daß man auch über das Verhältnis zu den jüdischen Mitbürgern im Rahmen unserer Stadt Steyr spricht, wobei ich es fast schon für eine Diskriminierung halte, wenn man von unserem Verhältnis zu den jüdischen Mitbürgern spricht. Wir jeden ja auch nicht vom Verhältnis zu den schwarzhäufigen, rothaarigen oder glatzköpfigen Mitbürgern. Ich möchte das jetzt wirklich als gleichwertig bezeichnen. Nicht, daß mir das so ausgelegt wird, daß ich da die nötige Ernsthaftigkeit zu diesem Thema nicht hätte. Ich meine, daß wir sicher sehr gut beraten sind, den schandbaren Zustand am jüdischen Friedhof zu beheben. Daß der Zugang ermöglicht werden muß dorthin und auch besser gestaltet werden muß, das kann überhaupt keine Frage sein. Nur wenn wir näher in die Betrachtung eintreten, über die möglichen Maßnahmen, bitte dann die Gleichheit aller zu bedenken, wenn wir über die Kosten der Grabstelleninstandhaltung diskutieren werden. Das muß man schon auch mitbedenken, daß es ja verschiedene Grabstätten im Rahmen oder im Raum unserer Stadt gibt und das sowohl beim Urnenhain als auch bei den anderen Friedhöfen in unserer Stadt. Dann würde der Vergleich angestellt werden, wieviel an öffentlichen Mitteln dazu aufgewendet wird. Die anderen Anregungen, die da gemacht worden sind, halte ich alle für sehr gut. Es ist sicherlich richtig, daß man an

den Ort der Synagoge erinnern sollte. Da werden Sie sicher damit rechnen können, daß wir von der ÖVP-Fraktion voll mitziehen, wenn es gilt, hier Gedenkstätten mit zu überlegen und auch mit zu fördern. Ich bitte Kollegen Wippersberger, mir die Teilnahme am Gespräch zu ermöglichen, Donnerstag 14 Uhr. Weil ich glaube, daß man da vom Präsidium wirklich an ein ernsthaftes Thema würdig herangehen soll.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Seitens der KPÖ? Kollege Treml bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Ich glaube, das Thema, das heute Kollege Pragerstorfer angeschnitten hat, muß eigentlich jeden von uns betroffen stimmen. Es ist ja tatsächlich so, daß wir in Steyr sehr viel zum Gedenken der antifaschistischen Bewegung gemacht haben, Gedenkstätten für Antifaschisten erstellt haben. Aber dabei, glaube ich, die jüdische Bevölkerung zu wenig eingebunden haben. Das heißt nicht, daß nichts gemacht wurde, aber es ist ein sehr wertvoller Beitrag, den die Frau Mag. Waltraud Neuhauser verfaßt hat und sie arbeitet ja noch daran, nämlich an der Verfolgung der jüdischen Steyrer Mitbürger. Es ist auch bekannt, daß neben unseren Mitbürgern weit über 100 Juden - ich habe das einmal so geschrieben - am Kreuzweg durch das Ennstal über Steyr nach Mauthausen ermordet, erschlagen oder erschossen wurden und hier in diesem jüdischen Friedhof, der leider bis heute der Öffentlichkeit nicht zugänglich war, wird in Form eines Gedenksteines daran erinnert. Ich glaube, es ist eine Verpflichtung der Stadt Steyr, sich dem anzunehmen, daß eben der jüdische Friedhof würdig instandgesetzt wird, dazu sind wir verpflichtet, denn die Verwandten gibt es ja meistens nicht. Daher ist es die öffentliche Hand, die hier eingreifen muß. Vielleicht kann man auch junge Menschen durch Jugendaustausch usw. mit einbinden bei der Gestaltung und Betreuung dieser Gedenkstätte. Vizebürgermeister Wippersberger hat mitgeteilt, daß nach einer Absprache mit Bürgermeister Schwarz, der verhindert ist am nächsten Donnerstag, er die Vertretung übernimmt, ein Gespräch hier im Rathaus stattfindet mit dem Komitee "Mauthausen aktiv", dem auch Frau Mag. Neuhauser angehört. Dort wird über die Vorschläge und Maßnahmen, die zu setzen sind, wie sie beraten wurden im Komitee "Mauthausen aktiv", gesprochen, daß in erster Linie, wie ich schon angeführt habe, der jüdische Friedhof instandgesetzt werden soll, daß eine Gedenktafel dort errichtet werden soll, die an die verfolgten und erschlagenen Juden erinnert. Gleichzeitig, was die meisten Steyrer nicht mehr wissen, daß bei der Synagoge, im sogenannten Judentempel, Bahnhofstraße 5, eine Gedenktafel installiert werden soll. Diesbezüglich, glaube ich, wird dieses Komitee - es freut mich, daß auch Vizebürgermeister Holub spontan beitreterklärt hat, hier mitzuwirken. Damit sind verschiedene Gruppierungen in unserer Stadt vertreten. Damit wird auch dieses Problem einer Lösung zugeführt werden. Ich hoffe auch, daß diese Vernachlässigung wieder gutgemacht werden könnte, daß wir die breite Öffentlichkeit mehr informieren mit Hilfe unseres Steyrer Amtsblattes.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Namens der FPÖ bitte Kollege Eichhübl.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Herren Bürgermeister! Kollege Pragerstorfer hat zurecht uns vor Augen geführt, daß man nicht nur im politischen, sondern generell im Alltagsleben auf sehr vieles vergißt, was man eigentlich nicht vergessen sollte. Er hat zurecht darauf hingewiesen, daß

es eine Verpflichtung ist, den jüdischen Friedhof instand zu halten und herzurichten. Ich bin aber auch der Auffassung, so wie Kollege Holub, daß das für alle Friedhöfe gilt. Ich bin auch der Meinung, daß dieses Thema durchaus geeignet ist, bei der nächsten Fraktionsobmännerbesprechung entsprechend erläutert zu werden, wo dann die einzelnen Mitglieder der Fraktionen oder die Fraktionssprecher die Möglichkeit haben werden, weiteres darüber zu sagen und dann auch entsprechende Maßnahmen zu setzen und bekanntzugeben. Mehr, glaube ich, kann man heute nicht dazu sagen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht die KPÖ ein Thema? Bitte.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Morgen, wie Sie wissen, findet eine Aufsichtsratssitzung der Steyr-Daimler-Puch AG statt, bei der unter Umständen über eine ausländische Mehrheitsbeteiligung beim Steyrer Hauptwerk entschieden wird. Unsere Stadt sowie die ganze Wirtschaftsregion Steyr ist davon betroffen, wie nämlich diese Entscheidung ausfällt. Es geht dabei darum, ob das Hauptwerk, die Lkw-Produktion, ein Nebenbetrieb ausländischer Nutzfahrzeugbesitzer wird oder ein im wesentlichen autonomer selbständiger Lkw- und Traktorhersteller bleibt. Es geht dabei um die Entscheidung, ob die Steyrer Lkw-Produktion den Todesstoß erhält, rund 1.000 Beschäftigte den Arbeitsplatz verlieren oder eben weiter bestehen wird. Damit wäre auch das Kernstück vom Steyr-Werk in ausländischer Hand und das Ende der indirekt verstaatlichten österreichischen Lkw-Produktion gekommen. Es ist ja auch eine Tatsache, daß der Verkauf der Mehrheitsanteile des Nutzfahrzeugsektors von Steyr-Daimler-Puch verheerende Auswirkungen auf das Hauptwerk haben würde. Dabei ist es meiner Meinung nach ziemlich gleich, ob der Käufer DAF - der ja so viel im Raum steht - heißt oder anders. In jedem Fall wird das Steyrer Hauptwerk vom Lkw-Hersteller zum Zulieferer von Komponenten degradiert. Das bedeutet, wie gesagt, die Reduzierung der Arbeitsplätze sowie völlige Auslieferung an die Geschäftspolitik eines ausländischen Konzerns, dessen Hauptinteresse sicherlich nicht in Österreich und auch nicht in unserer Stadt Steyr liegt. Man wird sich dabei kaum um die Beschäftigungssituation in unserer Stadt und der Umlandregionen kümmern. Für 1.000 Arbeitsplätze droht der Todesstoß. Dagegen, meine Damen und Herren, müssen wir uns zur Wehr setzen. Um den Ausverkauf der Lkw-Produktion zu verhindern, um eine beständige positive Entwicklung des Steyrer Hauptwerkes gleichzeitig zu sichern, muß auch der Gemeinderat der Stadt Steyr einmütig und unmittelbar bei der Regierung und dem Eigentümer CA gegen einen Ausverkauf oder Verkauf des Steyrer Hauptwerkes protestieren. Gleichzeitig muß der Einfluß der Stadtvertretung für einen Weiterbestand in Selbständigkeit geltend gemacht werden. Ich bin auch der Auffassung, der Verkauf des Hauptwerkes muß mit allen Mitteln verhindert werden.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Als Bürgermeister darf ich dazusagen, daß wir bisher jede Gelegenheit genutzt haben, auf diese Problematik hinzuweisen. Es sind aber unserer Einflußnahme sehr enge Grenzen gesetzt. Ein Protest ist mehr oder weniger fruchtlos, wenn die Betriebsleitung sich letztlich anders entscheidet. Auf die wirtschaftlichen Belange des Betriebes haben wir keinerlei Einflußmöglichkeit. Ich stehe auf dem Standpunkt, und ich glaube wir sind da einer Auffassung, daß der Einfluß des ausländischen Kapitals in die österreichische Wirtschaft in sehr großem Maß nicht positiv sein kann für uns. Es ist meine Auffassung und ich bin überzeugt, daß viele diese teilen. Auf der anderen Seite werden natürlich

große Märkte angestrebt, die wieder ganz andere Aspekte hier eröffnen und auch andere Überlegungen Platz greifen lassen. Daß wir als Steyrer Vertreter der Bevölkerung natürlich interessiert sind, daß dieses Unternehmen gesund, wirtschaftlich in Ordnung erhalten bleibt für unsere Stadt, ist überhaupt keine Frage, darüber brauchen wir nicht diskutieren. Ich kann nur wiederholen, daß wir jede Gelegenheit benutzen, auf diese Problematik hinzuweisen bei allen Stellen wo wir glauben, daß sie Einfluß haben.

Soweit meine Stellungnahme zu dem Problem. Kollege Pimsl bitte.

STADTRAT RUDOLF PIMSL:

Meine Herren Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!
Seit einigen Wochen ist durch eine Meldung, die durch einen Interessenten oder möglichen Partner für unser Unternehmen in die Welt gesetzt wurde, wieder einmal einige Unruhe nicht nur bei den vielleicht Betroffenen, sondern überhaupt in der Öffentlichkeit entstanden. Es liegt auf der Hand, daß ein Verkauf der österreichischen Industrie oder überhaupt großer Teile der österreichischen Wirtschaft, wie es in den letzten Jahren beispielsweise schon geschehen ist, - ich verweise nur an die Konzentration der Papierindustrie in ausländische Hände, ich verweise nur an den Beginn des Verkaufes von Semperit an einen ausländischen Eigentümer. Man kann das fortsetzen, Haid und andere größere Betriebe. Daß hier gewisse bedenkliche Erscheinungen stattfinden, ist zweifellos auch bei namhaften Wirtschaftsfachleuten bereits ein Umdenken eingetreten und ich verweise nur auf Dr. Taus - ein immerhin wenn auch nicht unbedingt gesinnungsmäßig mir nahestehender Wirtschaftsexperte, aber ein allseits anerkannter Wirtschaftsfachmann - der auf die negativen Folgen dieser Erscheinungen im Parlament bereits unter anderem hingewiesen hat. Das ist die eine Seite des Verkaufes österreichischen Eigentums an ausländische Unternehmungen, weil damit natürlich der wirtschaftliche und klarerweise auch der politische Einfluß ausländischer Eigentümer in großem Umfang bei uns Platz greifen wird. Der zweite Aspekt ist der, daß unsere Kolleginnen und Kollegen, die in den Steyr-Werken in den noch vorhandenen Sparten Lkw, Nutzfahrzeuge, Landmaschinen beschäftigt sind, mit Recht befürchten, daß eine Mehrheitsänderung auch die Arbeitsplätze gefährden würde. Deswegen gefährden würde, weil zumindest mit einem Verhandlungspartner - DAF aus Holland - ganz klar erkennbar ist, daß dieses Unternehmen ausreichende Lkw-Kapazitäten in ihren eigenen Produktionsstätten besitzt und damit andere Überlegungen Platz greifen, die bisher bei uns vordergründig zur Überlegung und zur Verhandlung anstanden. Es ist ja paradox, Kolleginnen und Kollegen, in einer Zeit, wo auch wir uns vor Aufträgen kaum wehren können und diese aus Kapazitäts- und anderen Gründen gar nicht in der terminlich gewünschten Zeitfolge erfüllen können, daß man von Erscheinungen spricht, die in spätestens 2 - 3 Jahren eintreten könnten und eine abermalige starke Reduzierung der vorhandenen Arbeitsplätze nach sich ziehen. Das glaubt mancher nicht, das ist aber sicher nicht aus der Luft gegriffen und deswegen sind auch wir Betriebsräte - ob das von den Angestellten oder von den Kollegen der Arbeiterseite ist - mit Recht dagegen aufgetreten und wollen, bevor man über eine solche entscheidende Frage einen Beschluß faßt, nicht nur die Möglichkeit bekommen, dazu informiert zu werden bzw. auch eine Meinung äußern zu können. Wir glauben auch, daß es notwendig ist, daß gerade unsere Interessensvertretung und zweifellos die Fachgewerkschaften und der ÖGB zu dem Thema sich nicht nur in einem Memorandum, wie das Europa-Memorandum vom Dezember 1988, darstellen, sondern auch handeln. Es ist mir nicht möglich, von der heutigen Sicht aus bereits morgigen eventuellen Informationen vorzugreifen, das würde nur der Spekulation Tür und Tor öffnen. Ich stehe aber nicht an, von der Stelle aus zu erklären, daß ich in meiner Funktion als Belegschaftsvertreter der Steyr-Werke

und unmittelbar Betroffener alle meine Kraft dafür verwenden werde, daß kein Ausverkauf unserer Arbeitsplätze erfolgt.

Wir sind grundsätzlich nicht gegen eine Beteiligung anderer Partner, die zu einer besseren Zusammenarbeit und der Ausnutzung unserer Kapazitäten führen, die uns auch Kostenvorteile bringt und damit auch eine bessere Wettbewerbsfähigkeit und wir damit sogar Arbeitsplätze schaffen könnten und die bestehenden nicht nur absichern. Das ist unser Ziel und unsere Aufgabe, und das ist auch das, wofür wir von unseren Kolleginnen und Kollegen im Werk das Vertrauen ausgesprochen bekommen. Es ist sicher, daß die Stadt Steyr selbst nicht an diesen Ereignissen, wie immer sie aussehen, tatenlos wird vorbeigehen können, weil die Auswirkung auf die Stadt unmittelbar spürbar sein wird. Wenn sich hier gravierende Änderungen einstellen sollten, dann wird es notwendig sein, daß der Gemeinderat in seiner Gesamtheit sich mit zukünftigen Auswirkungen beschäftigen wird und auch entsprechend danach handelt. Ich bitte auch darum, das zukünftig zu beachten, weil die Gefahr, daß hier Änderungen negativer Natur in der nächsten Zukunft zu erwarten sind, zweifellos eine sehr große ist.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Ich möchte darauf hinweisen, wenn so etwas eintritt, daß wir selbstverständlich unsere Sorgen entsprechend - einvernehmlich, wie ich meine - zum Ausdruck bringen sollten. Dazu werden wir alle Möglichkeiten, die wir haben, ausschöpfen. Das ist eine Selbstverständlichkeit. Ich könnte mir diesbezüglich sogar eine Sondersitzung des Gemeinderates vorstellen, damit dieses Problem eingehend behandelt wird. Das ist im Interesse der Stadt, glaube ich, einfach notwendig, daß wir zum Ausdruck bringen, daß wir mit diesen Entwicklungen in keiner Weise einverstanden sein können, sollten sie so sein. Kollege Holub bitte namens der ÖVP.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

In einer sicher sehr schwierigen Zeit befaßt sich der Gemeinderat dieser Stadt in der Aktuellen Stunde über den Antrag bzw. die Themenstellung des kommunistischen Vertreters mit einer Situation, die dieser Gemeinderat in der Tat nicht direkt beeinflussen kann. Ich stehe nicht an, Dir Kollege Pimsl, für Deine besonnene Antwort zu gratulieren, weil ich glaube, daß Du das einzig Richtige gemacht hast, daß man das Ei, das noch nicht gelegt war, nicht im Huhn zertrümmern kann, ohne das Huhn selbst zu gefährden. Das ist absolut richtig gewesen und ich finde es auch richtig, daß Du den Dr. Taus zitiert hast, wengleich auch nur die Hälfte der Taus'schen Aussage angeführt wurde. Ich darf in Erinnerung rufen, was dieser vielleicht wirklich prominenteste Wirtschaftsmann in Österreich gesagt hat. Er hat von einer Kapitaleinbahn gesprochen und das ist das wahrlich Bestürzende daran, daß in Märkten, die sich international öffnen, selbst über ehemalige eiserne Vorhänge hinweg öffnen, daß da Kapitalverflechtungen entstehen, die man früher nicht für möglich und auch nicht für gut gehalten hätte. Das ist die eine Sache. Daß aber Österreich das Phänomen ist, daß der Kapitalfluß ausgesprochen vom Ausland in das Inland kommt, das ist wirklich sehr besorgniserregend. Die Detailzahl ist die, die Verhältniszahl von ausländischem Kapital im Inland und inländischem Kapital im Ausland ist also marktproportional. Das heißt, daß unsere Beteiligungen im Ausland wesentlich geringer sind als es als Volkswirtschaft unserer Kapitalgröße gegenüber dem Ausland entspricht. Es gibt in der Tat nur in Österreich - das habe ich vorige Woche einmal gelesen - 8 ernstzunehmende ausländische Niederlassungen von inländischen Unternehmungen. Das ist das wahrlich Bestürzende. Die schlimme Entwicklung, die wir hier als Volkswirtschaft zu verzeichnen haben, wird auch von der österr. Nationalbank in der Liberalisierung

der Devisenbestimmungen wahrgenommen. Seit 1. Februar wird es ja möglich sein, die ganzen Auslandsrestriktionen zu beseitigen und hoffentlich ergibt sich da ein noch deutlicheres Auslandsengagement der Wirtschaft, das sich ja bis jetzt im wesentlichen auf den Textilbereich beschränkt. Hier wäre noch unendlich viel zu tun. Vielleicht auch unter staatlicher Anlenkung. Der einzige, der jedenfalls nicht kompetent ist dazu, ist die Kommune. Nicht nur die Kommune Steyr, sondern jede der österr. Gemeinden. Da sind uns tatsächlich die Hände gebunden mit Ausnahme der Ermöglichung einer Willensbildung in den dazu berufenen gesetzlichen Körperschaften.

Die schlimme Situation für Steyr, vor der wir stehen - das, glaube ich, sollte man auch einmal aussprechen dürfen - ist die, daß uns die Entscheidung genommen ist, ob ohne neues Kapital die Steyr-Daimler-Puch bei bestehenden Strukturen am Markt zugrunde geht, oder ob unter neuen Strukturen, neuen Kooperationen vielleicht der Markt besser ausgenützt werden kann. Das sollte da jetzt nicht Gegenstand von Verurteilungen vorweg sein, sondern sollte wirklich nur zum Ausdruck bringen, durch meine Wortmeldung zum Ausdruck bringen, daß wir tiefe Sorge haben, daß wir tiefes Mitempfinden haben mit den verunsicherten Mitarbeitern in den Steyr-Werken und daß wir hoffen, daß die Verantwortlichen im Betrieb und im Aufsichtsrat die richtige Entscheidung treffen. Detailkenntnis verfügt in diesem Raum selbst nur - und selbst da bin ich mir nicht ganz sicher, ob das so transparent ist - das Aufsichtsratsmitglied aus dem Betriebsrat, sonst sind es im wesentlichen Latrinengerüchte.

Eines stimmt jedenfalls bedenklich, daß in Reuters Börsendienst die Steyrer Aktie als Hoffnungspapier angeführt ist, das man mit Wachstumstips von wahrscheinlich 50 Prozent rechnet, wenn die internationalen Fusionen gelungen sein werden und daß der Börsenkurs der Steyrer Aktie eine Widerstandslinie um 80 gefunden hat. Die an sich bei den vollen Auftragsbüchern auch nicht ganz verständlich ist, wenn es nicht übergeordnete Kapitallenkungsinteressen gäbe. Genaueres zu sagen, ist absolut unmöglich. Jedenfalls so, daß die Steyr-Daimler-Puch AG als Leiche gehandelt wird, diese Stimmung sollten wir auch im Gemeinderat nicht haben. Es gibt wohl kaum ein objektiveres Medium als den Reuters Börsendienst, weil da die Börsenkapitalisierungen aus allen Weltbörsen, auch der Budapester mittlerweile, drinnen sind. Aus der Summe all dieser Kapitalisierungen ist die Wirtschaftstendenz zumindest in Richtung Aktienkurse ablesbar. Als Fanatiker des Spiegelbildes Aktie im Wirtschaftsleben, wie ich einer bin, muß man dann schon auch daraus erkennen, daß das Unternehmen, das uns, weil wir den Standort bieten, so am Herzen liegt, sicherlich nicht dem Tod geweiht ist. Das wünsche ich auch im Namen meiner Partei von ganzem Herzen der doch so wichtigen Sitzung von morgen, daß das richtig in diesem Sinne geht. Mehr wird man sicher nicht dazu sagen können.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Danke. Seitens der GAL? Bitte.

GEMEINDERAT ING. KARL PRAGERSTROFER:
Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, was da morgen ablaufen wird, ist nichts anderes als ein Zwischenkapitel in einem langen Niedergang von etwas, das angefangen hat als k. k. Waffenindustrie über ein Industriekonglomerat, das man gegründet hat nach dem Zusammenbruch der Bodenkreditanstalt in den 30iger Jahren und das eigentlich scheitert an etwas, was in Österreich sehr weit verbreitet ist oder umgekehrt, was leider sehr selten ist - Unternehmmergeist. Das, was heute hier besprochen wird, hat seine Wurzeln nicht in den letzten Jahren, das wissen Sie alle, das hat seine Wurzeln schon in den Verfehlungen, in den Versäumnissen der Nachkriegszeit. Das kann man sehr leicht im Vergleich sehen

z. B. mit anderen Industriefirmen in neutralen oder kleineren Ländern. Nehmen Sie nur den schwedischen Volvo-Konzern her, nehmen Sie z. B. her im Vergleich was die finnische Industrie bei fast noch schlechteren Ausgangsbedingungen nach dem Krieg aus sich gemacht hat, nehmen Sie speziell her den Nokia-Konzern, ein Konzern in etwa der gleichen Größenordnung einmal gewesen vor Jahren wie Steyr-Daimler-Puch in seinen besten Zeiten. Der Betriebsrat kann mit seiner ganzen Kampfkraft eines nicht ersetzen, das können auch die ganzen Arbeitnehmer nicht, die Bereitschaft zum Risiko, den unternehmerischen Mut. Ein langfristiges Ziel ins Auge zu nehmen und zu ersetzen. Steyr-Daimler-Puch, das kann man verfolgen, besonders der Lkw-Sektor, hätte sicher die Chance gehabt, mit einem weltweit sehr geringen Marktanteil auch im speziellen Bereich der Nutzfahrzeuge, etwa für starke Belastungen, etwa auch im militärischen oder fast militärischen Bereich ein Lieferant zu sein, der zu Stückzahlen und Größenordnungen kommt, mit denen man auch in den nächsten Jahrzehnten bestehen kann. Da muß man aber einen Eigentümer haben, der ganz anders wie die Kreditanstalt bereit ist, dieses Ziel langfristig anzugehen und es auch zu verfolgen. Scheitern tut das ganze jetzt in letzter Phase daran, weil die Kreditanstalt sagt, ich will eine Bank sein und eine Bank bleiben. Was interessiert mich das ganze unternehmerische Erbe, das ich zum Teil noch aus der Vorkriegszeit aufgenommen habe, ich schaue, daß ich das möglichst günstig los werde, wir haben als Bank selber eine viel zu geringe Größenordnung und müssen schauen, daß wir im internationalen Wettbewerb bestehen können, also weg mit allen Teilen. Das hat eigentlich sehr wenig politische Hintergründe, Sie hätten das vom ehemaligen CA-Generaldirektor Treichl, wäre er noch an der Stelle gewesen, genau so hören können wie von Generaldirektor Androsch, das er einmal in einem Profil-Interview oder in einem Trend-Interview sehr kurz, sehr deutlich und sehr charakteristisch gesagt hat. Ich kann mir vorstellen, daß das für die Betriebsräte ein sehr sehr bitterer Weg ist, wenn man sieht zuerst, man glaubt, man kann mit Hilfe der Regierung die Geschicke noch wenden und dann muß man irgendwann erkennen, es geht einfach nichts mehr. Man möchte, aber man kann nicht. Auch die Regierung sieht ein, sie kann so nicht weiter. Ich glaube, daß es für die Regierung eine weise Einsicht ist, so unangenehm sie auch ist. Wir sehen ja, was passiert, wenn man die Marktwirtschaft verläßt und das Produzieren von Gütern als politisches Prinzip aufsetzt, dann endet man halt 20 oder 30 Jahre später bei so Vokabeln wie Perestroika und fängt noch viel weiter unten und noch viel schlimmer und noch viel härter an, diese Strukturen aufzubrechen und zu verändern. Das läßt sich einfach nicht machen. Ich möchte auch trennen diese 1000 Arbeitsplätze, von denen hier geredet wird vom Eigentümer. Ich kann es nicht nachvollziehen, aber nach all dem, was ich gehört habe, ist es völlig unabhängig davon, wer der Arbeitnehmer ist. Man kann die Produkte nicht so viel Erlösen, daß man diese Produktionskosten bezahlen kann. Also der Umkehrschluß, man muß effizienter produzieren. Die primitivste Lösung dabei - die wird meistens gegangen - ist das, daß man weniger Leute beschäftigt und versucht, dasselbe herauszuholen. Sie können das auch beim Voest-Alpine-Konzern jetzt erleben. Vor nicht allzu langer Zeit hat der ehemalige Voest-Pressesprecher Sommer aufgezählt, wie jetzt in diesem Konzern durch Umstrukturierung und Aufteilung und auf welchen Kosten vor allen Dingen hier saniert wird. Daß zum Teil die Leute, die das schon vorher mitverschuldet haben, jetzt immer noch drinnen sitzen und sich auf diese Art und Weise aus ihrer Verantwortung heraushalten, indem man einfach Pensionsfonds angreift, Arbeitsplätze abbaut. Das ist leider kein konstruktiver Weg. Aber die Leute, die das machen könnten, die scheinen in Österreich nicht da zu sein. Das hat auch Dr. Taus sehr deutlich bedauert, auch sein Arbeitgeber - der Herr Turnauer, der gewesene Arbeitgeber - hat sich im hohen

Alter entschlossen, doch lieber auf die sichere Seite zu gehen als in die unternehmerische Expansion. Der Herr Dr. Taus weiß selber, wie schwierig es ist, auch wenn man ganz oben sitzt in einem Konzern, Eigentümer zu überzeugen. Das, was da passiert, sind die Konsequenzen, die wir alle tragen müssen. Was ich jetzt schon lange Zeit gesehen habe, sind die tiefen Spuren, die das im Budget der Stadt Steyr hinterläßt. Alles das, was ich gesagt habe, unangenehmerweise aber zwangsläufig über die Stadtfinanzen, wird sich bedauerlicherweise genau so schlimm darstellen, wie ich es angenommen habe, falls das so weit kommt und ich nehme an, daß es so weit kommt. Solidarität ist ein schönes Wort, aber ich weiß nicht, wie man mit 1.000 Leuten solidarisch sein kann, wenn das Wichtigste fehlt, nämlich die Idee, wie man da weiterkommt. Ich bin nicht so skeptisch einem ausländischen Besitzer gegenüber. Sicher, Konzernentscheidungen, die in Holland oder wo getroffen werden, haben einen anderen Blickwinkel wie Konzernentscheidungen, die in Steyr getroffen worden sind. Wir haben jahrzehntelang Zeit gehabt zu erleben, was eben diese Konzernentscheidungen in Steyr oder in Wien bedeutet haben. Es hat leider zu dem geführt, was wir heute bereden. Ich kann nur hoffen, daß zumindest die Reste oder die Teilfirmen, die noch da sind - ob das jetzt SKF Steyr ist oder ob das nach einem Verkauf oder nach einer Beteiligung oder Kooperation, was immer herauskommt - daß das wenigstens für den Rest eine zuverlässigere oder sicherere unternehmerische Führung und halbwegs gesicherte Arbeitsplätze bedeutet. Aber mehr als eine Hoffnung habe ich auch nicht. Die Garantien, das sehe ich auch an Ihnen, haben Sie sich längst alle abgewöhnt, zu verlangen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Kollege Eichhübl namens der FPÖ bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Wir hatten ja bereits mehrmals in diesem Kreis die Gelegenheit, über die dramatische Rückentwicklung der Steyr-Werke zu diskutieren bzw. von Kollegen Pimsl darüber informiert zu werden. Heute war es Kollege Treml, der dieses Thema aufgegriffen hat. Leider stehen wir nach wie vor auch heute vor der Tatsache, daß sich diese Entwicklung weitgehendst der Einflußnahme des Gemeinderates entzieht. Natürlich bin ich aber trotzdem dafür, daß der Gemeinderat seine Möglichkeiten anbietet, um vor allem zu verhindern, daß das Steyr-Werk an ein ausländisches Unternehmen verkauft wird.

Kollege Pimsl hat ja auf die Gefahren durch einen Verkauf an das Ausland im Hinblick auf die Gefährdung von Arbeitsplätzen hingewiesen. Daher ersuche ich den gesamten Gemeinderat, allen Einfluß geltend zu machen, um eine derartige Entwicklung zu verhindern im Interesse unserer Stadt und der gesamten Region. Allerdings darf ich, so wie mein Vorredner, darauf hinweisen, daß an sich der Gemeinderat für Internas der Steyr-Werke nicht zuständig ist und eine generelle Entwicklung, wie sie heute bereits mehrmals aufgezeigt wurde, auf diesem Sektor vom Gemeinderat offensichtlich nicht aufgehalten werden kann. Auch ich erhoffe mir, meine Damen und Herren des Gemeinderates, von den morgigen Verhandlungen, daß dabei das beste für alle Arbeitnehmer und alle Verantwortlichen der Steyr-Werke auch im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung unserer Stadt herauskommt. Danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Ich glaube, es ist dieses Thema betreffend sicher nicht die letzte Diskussion.

Damit ist dieses Thema momentan erledigt und ich bitte gleich Kollegen Eich-

hübl hier zu bleiben.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Wir haben heute bereits über sehr große Anliegen diskutiert und sehr große Anliegen besprochen und Anträge beschlossen. Erlauben Sie mir daher, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, daß ich jetzt ein kleines, aber wie ich glaube, sehr wichtiges Problem von dieser Stelle aus im Rahmen der Aktuellen Stunde aufzeige.

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates, ein großer Teil der Bevölkerung unserer Stadt, vor allen Dingen jene, die die Rad- und Wanderwege in unserem Stadtgebiet benützen, waren und sind erfreut über die Tatsache, daß die Stadtgemeinde Steyr diese öffentlichen Einrichtungen in den letzten Jahren ausgebaut hat. Allerdings gibt es nach wie vor eine große Zahl von Radfahrern, die sich eine Ausdehnung des Radwegenetzes im Zusammenhang des vorliegenden Radwegekonzeptes wünschen. Diese Zahl, meine Damen und Herren, ist sicherlich nicht gering. Heute geht es mir aber um die bestehenden Wanderwege und da wiederum um ein Teilstück entlang der Haratzmüllerstraße. Es ist ein sehr schönes Stück Weg und wenn die Witterung paßt, ist dieser Weg auch sehr stark frequentiert. Er lädt den Begeher oder den Befahrer dieses Weges auch zum Rasten ein, weil mehrere Bänke dort angebracht sind.

Eines fehlt aber, meine Damen und Herren, dringend notwendige Abfallkörbe. Keine Angst, meine Damen und Herren, ich möchte Sie heute nicht über die Notwendigkeit und Wichtigkeit mit einem Vortrag über Papierkörbe langweilen. Ich glaube aber doch, daß wir alle miteinander wissen, wie wichtig derartige Einrichtungen sind, denn es gibt Mitbürger, die zwar wutentbrannt ihren Mist wieder mit nach Hause nehmen, es gibt aber auch andere, die gezwungenermaßen mangels anderer Gelegenheit dort ihre Papierln und Verpackungsmaterialien in der Umwelt los werden. Wie es dann dort aussieht, brauche ich Ihnen sicher nicht näher beschreiben. Um diesem Umstand vorzubeugen, meine Damen und Herren des Gemeinderates, spendet die freiheitliche Partei keinen Geschenkkorb, sondern einen Abfallkorb mit der Bitte, diesen, wenn möglich, noch vor Saisonbeginn in dem von mir angeführten Bereich zu installieren bzw. zu montieren. Natürlich mit dem Hintergedanken, daß sich durch Zutun der Stadtgemeinde oder anderer Institutionen oder Personen - es ist ja niemand ausgenommen - dieser Abfallkorb vermehren möge.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Natürlich, meine Damen und Herren, habe ich mir persönlich die Mühe gemacht, und habe ein Schild auf den Korb gegeben, "gespendet von der FPÖ Steyr", noch dazu mit Hutmuttern versehen, um niemanden zu verletzen. Das war meine eigene Arbeit darf ich stolz hier verkünden.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wir werden den Korb an einer möglichst unsichtbaren Stelle anbringen.

Gelächter

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Herr Bürgermeister, ich nehme das dankenswerterweise zur Kenntnis und bitte gleichzeitig, ein Hinweisschild anzubringen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Kollege Wippersberger hat sich dazu gemeldet, bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich habe vor einigen Wochen Gelegenheit gehabt, bei einer Vorstandssitzung des Verschönerungsvereines dabei zu sein. Sitzungsmäßig ist dieser Verein kaum vorhanden, weil die letzte Sitzung liegt schon 2 1/2 Jahre zurück. Dieser Verein hat im Herbst des letzten Jahres ca. 200 Bänke tischlermäßig hergerichtet. Diese Bänke sollen im Frühjahr wiederum frisch gestrichen werden. Der Malermeister, der das machen wird, war auch da und ich könnte mir vorstellen, daß wir im Frühjahr, wenn die Bänke frisch lackiert sind, auch schauen, wo Papierkörbe fehlen. Da würde ich den Auftrag geben an die zuständige Abteilung, Nachschau zu halten und dort, wo Papierkörbe fehlen, welche zu montieren.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Sitzung. Der Ordnung halber darf ich mitteilen, daß der Gemeinderat Beschlüsse des Stadtsenates im Gesamtbetrag von 1,309.700 Schilling zur Kenntnis genommen hat und daß heute bei den Verhandlungsgegenständen Beschlüsse im Gesamtausmaß von 71,983.300 Schilling gefaßt wurden. Immerhin ein ganz beachtlicher Betrag. Ich danke für die Mitarbeit, die Sitzung ist geschlossen.

Ende der Sitzung: 16.45 Uhr

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Heinrich Schwarz e. h.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

Präsidialdirektor MR.
Dr. Gerhard Alphasamer e. h.

Gerda Gugenberger e. h.

DIE RPOTOKOLLPRÜFER:

Walter Hahn e. h.

Ing. Karl Pragerstorfer
e. h.